

Wir sichern Deutschlands Zukunft

**Regierungsprogramm
von CDU und CSU**



SICHER IN DIE ZUKUNFT

CDU



Wir sichern Deutschlands Zukunft

**Regierungsprogramm
von CDU und CSU**

Regierungsprogramm von CDU und CSU
Wir sichern Deutschlands Zukunft

Inhalt	Seite
Präambel	5
I. Wir gestalten die innere Einheit Deutschlands	7
- Trennendes überwinden statt Zwietracht schüren	8
II. Wir sichern den Aufschwung und schaffen neue Arbeit	12
- Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten	15
- Staatsquote senken statt Leistung bestrafen	18
- Deutschland modernisieren statt Zukunft blockieren	20
- Verwaltung straffen statt Bürokratie vermehren	24
III. Wir bewahren die natürlichen Lebensgrundlagen und erhalten die Kulturlandschaft	26
- Ökologisch wirtschaften statt Wirtschaft strangulieren	26
- Landwirtschaft stärken statt Bauern entmutigen	29
IV. Wir fördern Gemeinsinn und stärken die Familie	31
- Familien stärken statt Bindungen lösen	33
- Partnerschaft fördern statt Solidarität verweigern	34
- Sozialstaat umbauen statt Solidargemeinschaft überfordern	38
- Wohnungen bauen statt Mangel bewirtschaften	40
V. Wir schützen die Sicherheit der Bürger und erhalten den inneren Frieden	42
- Verbrechen bekämpfen statt Kriminalität verharmlosen	43
VI. Wir sichern in einem vereinten Europa Frieden und Freiheit	48
- Europa vereinen statt Sonderwege gehen	49
- Verantwortung wahrnehmen statt Deutschland isolieren	51
Wahlaufruf	54

Präambel

Am Ende des Jahrhunderts, in dem Europa wie nie zuvor unter Kriegen und Diktaturen leiden mußte, hat das deutsche Volk die Chance, in Frieden, Freiheit und Freundschaft mit allen seinen Nachbarn die Zukunft zu gestalten. Deshalb sind wir dankbar für die Deutsche Einheit. Wir Deutsche wollen unsere Verantwortung als Mitglied der Völkergemeinschaft wahrnehmen und gemeinsam mit unseren Partnern das vereinte Europa schaffen.

Freiheitsfeindliche Ideologien von rechts und links haben großes Unglück über unser Volk, über unsere Nachbarn und die Welt gebracht. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und nach der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und freier Selbstbestimmung können alle Deutschen ihre Lebenschancen frei von Bevormundung in Verantwortung für sich selbst und unser Land wahrnehmen.

Die erste und wichtigste Aufgabe des Staates ist es, Frieden und Sicherheit im Inneren und nach außen zu garantieren. Wo Menschen allein oder gemeinsam ihr Leben gestalten, legt der Staat die unerläßlichen Regeln eines gedeihlichen Zusammenlebens fest. Als Anwalt des Gemeinwohls und der Bürgerrechte sorgt er für den notwendigen Ausgleich zwischen den Interessen des einzelnen und denen der Gemeinschaft. Wo Menschen in Not geraten, hilft er. Er gibt den Schwachen, die keine Lobby haben, eine Stimme und trägt dafür Sorge, daß die Welt für jetzige und künftige Generationen lebenswert bleibt.

Die wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre sind:

- die innere Einheit zu vollenden;
- in einem modernen Deutschland Wachstum zu stärken und Arbeit für alle zu erreichen;
- die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren;
- eine Gesellschaft des Gemeinsinns zu fördern, in der die Familie gestärkt wird und das Netz der sozialen Sicherheit leistungsfähig bleibt;
- die innere Sicherheit zu gewährleisten;
- Frieden und Freiheit nach außen zu sichern.

Mit der Ausgestaltung der Einheit machen wir ganz Deutschland moderner, indem wir veraltete Strukturen aufbrechen, Besitzstandsdenken überwinden, Solidarität und Gemeinsinn neu zur Geltung bringen. Unser Ziel ist, eigenständige Entscheidungs- und Gestaltungsräume zu erweitern, in denen die Bürger ihre Verantwortung für sich und für das Gemeinwohl annehmen.

CDU und CSU haben die Herausforderungen einer sich dramatisch wandelnden Welt angenommen. Die Überwindung der Rezession und die Sicherung unserer stabilen D-Mark, eine moderne Umweltpolitik, die Sicherung des Zukunftsstandorts Deutschland, der Aufbau Ost, die Konsolidierung der Staatsfinanzen, Bahn-, Post-, Renten- und Gesundheitsreform, die Pflegeversicherung, der Bau von fast 2 Mio. Wohnungen, die Reform des Asylrechts und nicht zuletzt Frieden, Freundschaft und Partnerschaft mit allen unseren Nachbarn, sind eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Deutschlands Zukunft würde aufs höchste gefährdet, wenn eine Front aus SPD, Grünen und der kommunistischen PDS an die Macht käme.

Unser Land sicher in die Zukunft zu führen, ist das Angebot von CDU und CSU an alle Deutschen. Helmut Kohl und Theo Waigel stehen mit CDU und CSU für eine Politik mit Augenmaß und Zukunftskraft.

Kapitel I

Wir gestalten die innere Einheit Deutschlands

Die Menschen zwischen Elbe und Oder haben mit ihrem Ruf nach Freiheit und Einheit die sozialistische Diktatur überwunden. Ihre friedliche Revolution hat die Voraussetzung geschaffen für die Wiedervereinigung unseres vierzig Jahre geteilten deutschen Vaterlandes. CDU und CSU haben durch vier Jahrzehnte im freien Teil Deutschlands das Recht des ganzen deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und Einheit gegen massive Widerstände von innen und außen aufrechterhalten. Unter Führung von Helmut Kohl haben wir den geschichtlichen Augenblick des Jahres 1990 genutzt und die staatliche Einheit vollendet. Die Deutsche Einheit ist uns Grund zu Freude und Dankbarkeit.

Es kommt jetzt darauf an, die innere Einheit zu gestalten.

Wir sind beim Aufbau in den neuen Ländern trotz aller Schwierigkeiten weit vorangekommen. Wir haben die Planwirtschaft in eine moderne Soziale Marktwirtschaft umgewandelt. Wir haben eine leistungsfähige Infrastruktur aufgebaut. Die neuen Bundesländer sind heute die wirtschaftlich dynamischste Region in ganz Europa. An vielen Orten entstehen High-Tech-Standorte, die Maßstäbe für die Zukunft setzen. Was Helmut Kohl 1990 vorausgesagt hat, wird Wirklichkeit: Die Landschaften im Osten Deutschlands blühen auf. Theo Waigel hat durch die Sicherung der inneren und äußeren Stabilität der D-Mark dafür eine entscheidende Voraussetzung geschaffen.

Der Fortschritt beim Aufbau ist vor allem die Leistung der Menschen in den neuen Ländern. Ohne ihren Willen zum Neuanfang, ohne ihren entschlossenen Einsatz wären die Erfolge nicht zustande gekommen. Wir werden ihre Tatkraft, ihren Einfallsreichtum weiter unterstützen.

Auch viele Menschen aus dem Westen Deutschlands leisten durch ihr Engagement vor Ort einen maßgeblichen und unverzichtbaren Beitrag zum Aufbau in den neuen Ländern. Sie setzen damit ein Zeichen der Solidarität, für das ihnen unser aller Dank gebührt.

CDU und CSU haben die Weichen für den „Aufschwung Ost“ richtig gestellt. Jeder kann sich davon überzeugen: Wir sind auf dem richtigen Weg, gemeinsam werden wir es schaffen.

Den Menschen in den neuen Ländern geht es entscheidend besser als vor der Einheit: Sie können ohne staatliche Gängelung und Stasibesitzung in Freiheit

leben. Das verfügbare Einkommen ist um rund 70 Prozent gestiegen, die Renteneinkommen haben sich mehr als verdoppelt.

Die tiefgreifenden Veränderungen sind für die Menschen in den neuen Ländern mit großen Umstellungsproblemen verbunden, die Verunsicherung, auch Enttäuschungen bewirken. Zur inneren Einheit gehört, daß wir gegenseitig Verständnis entwickeln - ohne Voreingenommenheit, ohne Selbstgerechtigkeit, ohne Überheblichkeit.

Gegenseitiges Verständnis und Offenheit brauchen wir auch in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im geteilten Deutschland. Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen, die der SED-Staat begangen hat, müssen aufgearbeitet werden, auch mit den Mitteln des Strafrechts. Dafür müssen die Stasi-Akten und andere Unterlagen der ehemaligen DDR weiterhin zugänglich bleiben. Die Opfer haben Anspruch auf eine finanzielle Entschädigung und auf eine juristische und moralische Wiedergutmachung. Dabei darf die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit keine neuen Gräben aufreißen. Nur dann ist der Weg frei für eine gemeinsame Zukunft in Deutschland.

Trennendes überwinden statt Zwietracht schüren

Die Vollendung der Einheit wird gelingen, wenn wir bereit sind, die Lasten aus vierzig Jahren Teilung und Sozialismus solidarisch zu tragen. CDU und CSU werden dem Aufbau in den neuen Ländern weiterhin Vorrang einräumen. Dies liegt in unser aller Interesse.

- Vordringlichste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Bis genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, kommt der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine besondere Bedeutung zu. Lohnkostenzuschüsse, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildungsmaßnahmen, Altersübergangsgeld und Vorruhestand dienen in der Zeit des Übergangs der sozialen Abfederung von 1,6 Millionen Menschen, der Weiterbeschäftigung und Qualifizierung von Arbeitnehmern.
- Staatlich finanzierte Beschäftigung kann aber auf Dauer keine Alternative zu wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen in der Wirtschaft sein. Die wichtigste Voraussetzung für sichere Arbeit sind Investitionen. Allein 1994 werden für 160 Mrd. DM private und öffentliche Investitionen in den neuen Ländern getätigt. CDU und CSU setzen alles daran, das Investitionsklima weiter zu verbessern.

Wir werden im Rahmen des Investitionsförderungsgesetzes ab 1995 für 10 Jahre mit jährlich 6,6 Mrd. DM Investitionen in den Bereichen Umweltschutz, Energie- und Trinkwasserversorgung, Wohnungs- und Städtebau, Krankenhauswesen, Wirtschaftsförderung, Forschung, Aus- und Weiterbildung sowie Sport fördern.

Die Grenzregionen zu Polen und Tschechien zeichnen sich durch besondere Problemlagen aus. Im Rahmen der besonderen Maßnahmen in den Sonderfördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe 'Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur', zu denen die Grenzregionen zu Polen und der Tschechischen Republik überwiegend gehören, können grundsätzlich Förderungen für die gewerbliche Wirtschaft in Höhe von 35 % gewährt werden. Diese spezielle Förderung wird fortgesetzt und falls notwendig entsprechend ergänzt.

Das Eigenkapitalhilfeprogramm werden wir fortsetzen. Auch das ERP-Kreditprogramm zur Förderung von Existenzgründungen und privaten Investitionen wollen wir fortführen. Weiterhin sollen mittelständische Investitionen zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen gefördert werden.

Darüber hinaus werden wir auch künftig Zulagen für Investitionen gewähren, die bis 1996 abgeschlossen sind. Betriebe des verarbeitenden Gewerbes und des Handwerks können weitergehende Investitionszulagen erhalten.

Die Privatisierung von Unternehmen durch die Treuhandanstalt ist mittlerweile nahezu abgeschlossen. Die von den Erwerbern zugesagten 1,5 Mio. Arbeitsplätze sowie Investitionen in Höhe von 190 Mrd. DM sind ein wesentlicher Beitrag zum Aufschwung Ost. Wir wollen die Übernahme von Unternehmen durch Ostdeutsche sowie den Aufbau eines ostdeutschen Mittelstandes besonders fördern.

Im Zuge von Privatisierung und Sanierung konnte bereits eine Vielzahl industrieller Kerne erfolgreich erneuert werden. Hierfür stehen zahlreiche Beispiele, wie die ostdeutsche Automobilindustrie, die Werften, die Chemieindustrie oder die Mikroelektronik. Hier wurden völlig veraltete Strukturen zu neuen konkurrenzfähigen Industrien mit modernster Technologie umgestaltet und dadurch neue Perspektiven, sowohl für die Arbeitnehmer wie für die gesamte Region, geschaffen.

Soweit sanierungsfähige Unternehmen noch nicht privatisiert werden konnten, werden wir weitere Anstrengungen zu ihrer Sanierung unternehmen. Die Treuhandanstalt hat hierfür bis Ende 1993 insgesamt 170 Mrd. DM aufgewendet.

- Bereits heute gibt es in den neuen Bundesländern 460.000 mittelständische Unternehmen, die 3 Mio. Arbeitnehmer beschäftigen. CDU und CSU wollen auch in Zukunft Existenzgründungen unterstützen, damit der Mittelstand weiterhin eine tragende Rolle für den Aufbau der neuen Länder erfüllen kann.
- Die Attraktivität der neuen Länder hängt in hohem Maße von einer guten Verkehrsinfrastruktur und einer umfassenden Versorgung mit moderner Telekommunikation ab. Die bisherige Aufbaubilanz kann sich sehen lassen: Wir haben seit der Wiedervereinigung allein über 3.000 km Schienennetz und rund 7.000 km Bundesfernstraßen modernisiert, aus- oder neugebaut. Darüber hinaus haben wir im gleichen Zeitraum den neuen Ländern rund 8 Mrd. DM für die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Verkehrsinfrastruktur in den Regionen und Kommunen zur Verfügung gestellt.
- CDU und CSU werden den Aufbau moderner Verkehrswege in den neuen Ländern mit Nachdruck fortsetzen. Die Verkehrsprojekte 'Deutsche Einheit' sind für den künftigen Neu- und Ausbau des Streckensystems von zentraler Bedeutung. Bis 1998 stellen wir für Investitionen in den Bundesfernstraßenbau rund 20. Mrd. DM und für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden rund 6,5 Mrd. DM zur Verfügung. Darüber hinaus investieren wir allein in die Anpassung des völlig veralteten ehemaligen Reichsbahnnetzes an die Bedürfnisse und Standards von heute bis zum Jahre 2002 rund 33 Mrd. DM.
- Die Deutsche Bundespost Telekom investiert in das Telefonnetz der neuen Bundesländer bis 1997 etwa 60 Mrd. DM. Seit 1990 wurden über 2 Mio. Telefonanschlüsse neu eingerichtet, 1997 werden 95 % aller Haushalte einen Telefonanschluß haben. In den neuen Bundesländern entsteht das modernste Telekommunikationsnetz Europas.
- Landwirtschaft hat auch in den neuen Ländern Zukunft. Seit der Deutschen Einheit haben sich 3.000 Unternehmen als eingetragene Genossenschaften oder Kapitalgesellschaften gebildet. 22.500 Landwirte entschlossen sich, einen Betrieb im Haupt- oder Nebenerwerb auf eigene Rechnung zu führen.

Ein Schwergewicht der Agrarpolitik von CDU und CSU wird weiterhin die Festigung einer leistungsfähigen Land- und Ernährungswirtschaft in den neuen Ländern sein. In der gegenwärtigen Übergangsphase braucht die Landwirtschaft dabei spezifische Regelungen, begleitet von der nachdrücklichen Unterstützung durch eine breitgefächerte Politik zur Förderung von Wirtschaft und Infrastruktur im ländlichen Raum. Aus der besonderen Förderung der Landwirtschaft in den neuen Ländern dürfen keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Im Rahmen des Entschädigungs- und Ausgleichsgesetzes sollen Alteigentümer

entschädigt werden und damit Flächen zurückerwerben können. Ortsansässige Neu- und Wiedereinrichter, aber auch Genossenschaften und Kapitalgesellschaften sollen die von ihnen gepachteten Treuhandflächen in bestimmtem Umfang preisgünstig erwerben können.

- CDU und CSU setzen sich besonders dafür ein, die Wohnsituation weiter zu verbessern. Wir wollen angemessenen Wohnraum für alle zu bezahlbaren Preisen. In den letzten Jahren wurden mit Hilfe des Bundes in über 30 % der Wohnungen in den neuen Ländern Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt. Bis zum Ende des 1. Quartals 1994 wurden 56.000 Wohnungen neu gebaut und 19.000 kommunale Wohnungen privatisiert - vor allem durch Verkauf an die Mieter. Der Schaffung von breit gestreutem Wohnungseigentum geben wir hohe Priorität. In diesem Jahr werden allein in den neuen Ländern rund 70.000 neue Wohnungen fertiggestellt und rund 100.000 Baugenehmigungen erteilt. In keinem Land mit vergleichbarer Bevölkerungszahl wird eine derartige Bauleistung erbracht.
- Die Vollendung der wirtschaftlichen und der sozialen Einheit muß Hand in Hand gehen. Die Rentner in den neuen Ländern hatten unter zwei Diktaturen zu leiden. Ihnen sind wir in besonderer Weise verpflichtet. Wir werden den Weg der Angleichung der Renten an das Niveau in den alten Bundesländern konsequent fortsetzen.
- Umweltpolitik hat bei der Gestaltung der deutschen Einheit zentrale Bedeutung. Eine gesunde Umwelt ist entscheidend für die Lebensqualität der Menschen. Die Umweltsituation hat sich seit 1990 deutlich verbessert. Doch es bleibt noch viel zu tun, vor allem bei der Sanierung von Altlasten, einschließlich der Lösung der Probleme, die mit dem Abbau von Braunkohle verbunden sind. CDU und CSU setzen sich für den zügigen Auf- und Ausbau von Kläranlagen und Abfallentsorgungseinrichtungen ein - bei für den Bürger bezahlbaren Gebühren.
- Durch das Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz wurden Beschleunigungen im Bauplanungs- und Genehmigungsrecht, Verkürzungen in Raumordnungsverfahren, Vereinfachungen bei umweltrechtlichen Genehmigungen und die Straffung der Rechtswege bei Verwaltungsstreitverfahren erreicht.
- Ein wichtiger Beitrag zur Vollendung der Einheit ist der Umzug des Deutschen Bundestages und von Teilen der Bundesregierung nach Berlin bei fairer Arbeitsteilung mit Bonn.
- Unser kulturelles Erbe ist wesentliche Grundlage der Einheit Deutschlands. Die gemeinsame Sprache und Geschichte, Architektur, bildende Kunst, Literatur

und Musik waren und sind eine starke Klammer für die Nation. Gerade in der Zeit der Teilung hat sich dies immer wieder gezeigt.

Die kulturstaatliche Verpflichtung, die daraus erwächst, hat keine Bundesregierung zuvor so ernst genommen wie die unionsgeführte Regierung. Bei allen kulturpolitischen Initiativen hat sie auf enge Zusammenarbeit mit den Ländern Wert gelegt. Sie kann eine hervorragende Bilanz ihrer kulturpolitischen Arbeit vorweisen. Darauf werden CDU und CSU weiter aufbauen: Wir werden der Förderung der Kultur auch in Zukunft verpflichtet bleiben.

Kapitel II

Wir sichern den Aufschwung und schaffen neue Arbeit

CDU und CSU haben Deutschland zu einem neuen Aufschwung geführt. Die Wirtschaft wächst wieder. Die Inflationsrate sinkt. Die Stabilität der D-Mark genießt weltweit hohes Ansehen. Investoren setzen ihr Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland.

CDU und CSU haben Deutschland moderner und wettbewerbsfähiger gemacht: Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern, haben wir die Steuersätze auf Unternehmenserträge auf den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gesenkt. Die sozialen Sicherungssysteme wurden gefestigt, staatliche Dienstleistungen Schritt für Schritt privatisiert. Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eine moderne Arbeitsmarktpolitik und die Förderung von Forschung und Technik gestalten wir den tiefgreifenden Strukturwandel unserer Wirtschaft. CDU und CSU setzen konsequent auf Erneuerung und Modernisierung, damit in Deutschland neue Arbeit entsteht.

Die weltweiten Veränderungen - politisch wie wirtschaftlich - stellen uns vor die Herausforderung, die deutsche Wirtschaft umfassend umzustrukturieren. Die Modernisierung des Standortes Deutschland ist mit dem neuen Aufschwung nicht beendet; sie muß vorangetrieben werden, wenn wir im härter werdenden Wettbewerb bestehen wollen.

Wir wollen den Aufschwung auf der bewährten Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft sichern und für dauerhaftes Wachstum sorgen. Wir werden Privatinitiative, Unternehmergeist und Wettbewerb fördern. Wir werden der ökologischen

Dimension der Sozialen Marktwirtschaft konsequent stärkeres Gewicht geben, um die Schöpfung für die nachkommenden Generationen zu bewahren.

Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und Privateigentum, Offenheit und Flexibilität müssen auch in Zukunft als Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung erhalten und gestärkt werden. Auf der Basis dieser Prinzipien wollen wir die Wirtschaftspolitik an der Schwelle zum kommenden Jahrtausend gestalten, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Die Schaffung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze ist die wichtigste Aufgabe der kommenden Jahre. Arbeit ist mehr als Broterwerb. Arbeit kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das eigene Leben als sinnvoll zu erfahren. Deshalb halten wir an dem Ziel, Arbeit für alle zu erreichen, fest.

Arbeitsplätze entstehen nicht dadurch, daß man Arbeitsplatzmangel umverteilt. Neue und sichere Arbeitsplätze können wir schaffen, wenn Wachstum erwirtschaftet, die Kosten- und Strukturprobleme überwunden, die Investitions- und Innovationskräfte unserer Wirtschaft gestärkt und der Standort Deutschland gesichert wird. Deutschland muß auch in Zukunft Industrieland bleiben. Dienstleistungsarbeitsplätze entstehen gerade auch im Umfeld moderner Industrien. Darüber hinaus führen die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen sowie steigende Haushaltseinkommen zu einer wachsenden Nachfrage nach Dienstleistungen. Dadurch entstehen neue Arbeitsplätze etwa in den Bereichen Pflege, Betreuung, Hauswirtschaft, Gastronomie.

Seit der Regierungsübernahme durch CDU und CSU sind in unserem Land mehr als 3 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Diese Gemeinschaftsleistung wollen wir wiederholen. CDU und CSU haben mit ihrem Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung bereits eine Fülle von Maßnahmen mit Erfolg umgesetzt.

Der Arbeitsmarkt muß noch flexibler werden, um Hindernisse abzubauen, die den Zugang zu neuer regulärer Beschäftigung erschweren. Um auf der Kostenseite wettbewerbsfähiger zu werden, ist eine zurückhaltende und flexible Lohnpolitik der Tarifpartner ebenso notwendig wie eine Rückführung der Steuer- und Abgabenlast.

Zur Verbesserung der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft brauchen wir flexiblere Strukturen und mehr Anpassungsfähigkeit, um aus neuen Ideen schneller neue marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Zusätzliche Anstrengungen bei Forschung und Technologieentwicklung sind hierzu unerlässlich.

Mehr Flexibilität heißt weniger Staat. CDU und CSU werden weiterhin staatliche Regulierungen abbauen und die öffentlichen Verwaltungen effizienter machen. Wir brauchen den „schlanken Staat“, damit mehr Freiräume für Privatinitiative entstehen.

Neue Unternehmen schaffen neue Arbeitsplätze. Dabei entstehen die zukunftssicheren Arbeitsplätze gerade in den kleinen und mittleren Unternehmen mit ihrer Fähigkeit, schnell auf Marktveränderungen zu reagieren, mit ihrer Risikobereitschaft und ihrem Ideenreichtum. Unternehmerischer Freiraum und Privatinvestitionen sind eine Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung. Für CDU und CSU ist daher eine konsequente Mittelstandspolitik ein zentrales Element ihrer Beschäftigungspolitik.

Der Modernisierung der Infrastruktur kommt eine Schlüsselrolle zu. Moderne Verkehrstechnologien und leistungsfähige Kommunikationssysteme sind im weltweiten Wettbewerb ein wichtiger Standortfaktor.

Die Konkurrenz auf den Weltmärkten - gerade auch im Blick auf Nordamerika und Südostasien - ist härter geworden. Deutschland ist eines der größten Exportländer der Welt. Jeder vierte Arbeitsplatz in unserem Land hängt vom Export ab. Deutsche Unternehmen müssen deshalb auf bestehenden und neuen Wachstumsmärkten stärker präsent und wettbewerbsfähig sein. Zur Durchsetzung deutscher Interessen auf den Weltmärkten werden wir zusammen mit der Wirtschaft eine gemeinsame Exportstrategie entwickeln.

CDU und CSU werden Hemmnisse weiter abbauen, die deutschen Unternehmen Ausfuhren in andere Länder und Investitionen dort erschweren. Wir wollen eine europäische Harmonisierung der Exportkontrollen. Exporte in Länder mit hohen Risiken wollen wir auch in Zukunft durch Bürgschaften absichern.

Ob Deutschland ein Land mit moderner Wirtschaft und sozialer Sicherheit bleibt, entscheidet sich vor allem auch am Bildungs- und Qualifikationsniveau, am Fleiß und an der Leistungsbereitschaft der Menschen. Solide Bildung heute sichert qualifizierte Arbeit morgen.

Nur wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen, nur wenn wir den Strukturwandel erfolgreich bewältigen, werden wir die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen können. Deutschland braucht eine Wachstumsoffensive. Deshalb werden CDU und CSU den Standort Deutschland weiter umfassend modernisieren. Damit sichern wir die Zukunft unseres Landes.

Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten

Mittelstand stärken

Millionen von mittelständischen Unternehmern sind das Rückgrat unserer Sozialen Marktwirtschaft. Mittelständler verkörpern wesentliche gesellschaftliche Tugenden wie Fleiß, Verantwortungsbewußtsein, Leistungsbereitschaft und Kreativität. Mit ihrer Flexibilität und ihrem Mut zum unternehmerischen Risiko legen mittelständische Unternehmen und Freiberufler den Grundstein für die Wirtschaftskraft der Zukunft und die Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze. Es ist das Ziel von CDU und CSU, den Schritt in die Selbständigkeit weiter zu erleichtern und die Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu verbessern.

Deutschland braucht an der Schwelle zu einem neuen Jahrtausend eine neue Bereitschaft, unternehmerische Initiative zu wagen.

Wir entwickeln unsere erfolgreiche Mittelstandspolitik konsequent weiter. Durch die Einführung mittelstandsfreundlicher Bemessungsstufen und durch die Erhöhung des Freibetrags von der Gewerbeertragsteuer haben wir mittelständische Unternehmen entlastet. Die Rahmenbedingungen der privaten Altersvorsorge wurden verbessert. Der Körperschaft- und Einkommensteuersatz für gewerbliche Einkünfte wurde von uns zurückgeführt.

Wir haben die Wiedereinführung des Eigenkapitalhilfeprogramms in den alten Bundesländern beschlossen sowie die Möglichkeiten des ERP-Programms zur verstärkten Förderung des industriellen Mittelstandes verbessert. Wir fördern innovative Unternehmensgründungen durch ein zinsverbilligtes Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Wir haben trotz der großen Konsolidierungszwänge ein Darlehensprogramm für Meisterkurse und berufliche Fortbildung gestartet und durch die Novellierung der Handwerksordnung die Rahmenbedingungen für Handwerksbetriebe entscheidend verbessert.

Unsere Politik der Deregulierung, Entbürokratisierung, Privatisierung sowie der Senkung der Steuer- und Abgabenlast kommt gerade mittelständischen Unternehmen und den dortigen Arbeitsplätzen zugute. CDU und CSU werden auch in Zukunft den Mittelstand nachhaltig stärken:

- CDU und CSU werden die bewährten Förderinstrumente für den Mittelstand vereinfachen und den Zugang der kleinen und mittleren Unternehmen zu europäischen Fördermitteln erleichtern.

- Leistungswettbewerb und Chancengleichheit sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Wir treten für die Einrichtung eines unabhängigen europäischen Kartellamtes ein. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung werden wir dagegen mit schärferen Sanktionen bekämpfen.
- Wir werden Erleichterungen für den Mittelstand durch baurechtliche Verbesserungen im Gewerbebau schaffen und durch Aufteilung von Aufträgen in mittelstandsgerechte Fach- und Teillose die Teilnahmemöglichkeiten bei öffentlichen Ausschreibungen verbessern.
- CDU und CSU werden den Zugang mittelständischer Unternehmen zu internationalen Forschungsprojekten und -programmen, grenzüberschreitenden Forschungsprojekten und zu internationalen Informations- und Datenbanken verbessern.

Arbeit von Kosten entlasten

Die Entlastung der Arbeit von Kosten sichert und erweitert Investitions- und Innovationsspielräume für die Unternehmen:

- Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, daß sich die Löhne - im Rahmen der Tarifautonomie - an der Entwicklung der Produktivität orientieren. Eine zurückhaltende und differenzierende Lohnpolitik bleibt unerlässlich. Vereinbarungen über tarifliche Öffnungsklauseln und über niedrige Einstiegsstarife begünstigen die Schaffung neuer Arbeitsplätze und sind ein wirksames Mittel gegen Investitionsschwäche.
- Wir brauchen längere Betriebszeiten, um teure Maschinen besser auszulasten. Dadurch kann kostengünstiger und wettbewerbsfähiger produziert werden. Längere Betriebszeiten setzen eine stärkere Entkoppelung der individuellen Arbeitszeiten von den Betriebszeiten durch flexible Arbeitszeitgestaltung voraus. CDU und CSU haben mit dem neuen Arbeitszeitgesetz hierfür den rechtlichen Rahmen geschaffen, der nun von den Tarif- und Betriebspartnern genutzt werden muß.
- Mit der Gesundheitsreform und der Rentenreform haben wir die Beitragssätze zur Sozialversicherung stabilisiert. CDU und CSU werden diese Politik fortsetzen. Wir wollen die Aufgabenstruktur der Bundesanstalt für Arbeit mit dem Ziel überprüfen, Beitragszahler von der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen zu entlasten.

- Ein konsequenter Sparkurs der öffentlichen Hände entlastet den Kapitalmarkt und trägt zu niedrigen Zinsen und damit zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei. Seit 1991 haben wir über 70 Mrd. D-Mark bei den Ausgaben des Bundes eingespart. CDU und CSU werden die konsequente Sparpolitik fortführen.
- CDU und CSU setzen sich dafür ein, Modelle zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand in großem Umfang einzuführen. Deshalb wollen wir die Regelungsbefugnis der Tarifpartner für Arbeitnehmerkapitalbeteiligungen stärken und die Instrumente der Investitionsförderung auch für eine Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen öffnen. Die Freiwilligkeit der Kapitalaufnahme muß für den einzelnen Betrieb gewährleistet bleiben.

Zusätzliche Beschäftigungschancen erschließen

Neue Beschäftigungsmöglichkeiten können gerade auch im Dienstleistungsbe-
reich erschlossen werden. Dies gilt vor allem in Wachstumsfeldern wie zum
Beispiel Kommunikation, Werbung, elektronische Datenverarbeitung, Finanz-
und Gesundheitswesen. Es geht nicht zuletzt auch darum, Arbeit aus der Schatten-
wirtschaft wieder in die reguläre Wirtschaft zurückzuholen.

Gerade auch in den privaten Haushalten bieten sich Chancen für neue Arbeitsplät-
ze:

- Um Beschäftigung in privaten Haushalten zu fördern, sollen künftig Pflege-,
Haushalts- und Familienhilfen im Rahmen regulärer Beschäftigung steuerlich
absetzbar sein, sofern nicht direkte staatliche Zuschüsse oder Leistungen der
Versicherungsträger gewährt werden.
- Die Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Kindererziehung - etwa in Tages-
betreuungsplätzen in häuslicher Umgebung bei Tagesmüttern - wollen wir
erweitern.
- Wir wollen bürokratische Hürden abbauen und für Vereinfachungen - etwa
durch Möglichkeiten der Pauschalbesteuerung - sorgen.

Wir brauchen auch in Bereichen geringerer Produktivität wieder mehr Arbeitsplät-
ze. Wir müssen das System und die Praxis der Gewährung von Sozialleistungen so
gestalten, daß Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft der Menschen aus-
reichend angeregt werden. Wenn Sozialhilfeleistungen höher sind als Nettolöhne,
dann fehlt der Anreiz, sich reguläre Arbeit zu suchen. Wir wollen daher erreichen,

daß jeder durch Beschäftigung - wobei es sich auch um Gemeinschafts- oder Saisonarbeiten handeln kann - ein höheres Einkommen erzielt, als ohne Beschäftigung. Eine Möglichkeit ist, die Sozialhilfe bei denen, für die eine mögliche Erwerbstätigkeit zumutbar ist, abzusenken und ein erzielttes Einkommen dafür nur teilweise auf die Sozialhilfe anzurechnen.

Durch eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung auf ein Niveau wie in europäischen Nachbarländern können in Deutschland zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Der öffentliche Dienst muß hier eine Vorreiterrolle übernehmen. Der Wechsel von Voll- auf Teilzeitarbeit soll erleichtert werden. Damit eröffnen sich neue Chancen, Familien- und Erwerbsleben besser miteinander zu vereinbaren, die Rückkehr in den Beruf zu fördern, Zeit für Weiterbildung zu gewinnen und den Übergang in den Ruhestand flexibler zu gestalten.

Staatsquote senken statt Leistung bestrafen

Die Bewältigung der Erblast aus der sozialistischen Planwirtschaft und der Aufbau in den neuen Ländern erforderten außergewöhnliche finanzielle Anstrengungen. Dadurch mußte die Staatsquote, also der Anteil der Ausgaben des Staates an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung, stark ansteigen.

Von 1982 bis 1990 ist es uns gelungen, die Staatsquote von über 50 % auf 46 % zu reduzieren. So wollen CDU und CSU zur Stärkung des privaten Sektors auch in Zukunft die Staatsquote bis zum Jahr 2000 wieder auf das Niveau vor der Vereinigung senken. Der jährliche Zuwachs bei den staatlichen Ausgaben muß deshalb deutlich unterhalb der Steigerung des nominalen Bruttosozialprodukts bleiben, damit Spielräume zur Senkung der Neuverschuldung und der Steuerbelastung entstehen. Zusätzliche staatliche Ausgaben sind nur bei Einsparungen an anderer Stelle möglich.

Die Steuerpolitik muß weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des privaten Sektors leisten. Auch in Zukunft werden wir eine wachstumsorientierte, leistungsgerechte, familienfreundliche und mittelstandsfreundliche Steuerpolitik verwirklichen.

Wir versprechen nicht mehr, als wir halten können: Verbesserungen stehen deshalb unter Finanzierungsvorbehalt. Aber für CDU und CSU ist auch klar: Wachstumsbedingte Steuermehreinnahmen werden nicht für höhere Staatsausgaben, sondern zur schrittweisen Senkung der Steuer- und Abgabenquote verwendet.

Standortbedingungen weiter verbessern

Zur Erhaltung und Schaffung sicherer Arbeitsplätze im europäischen und internationalen Standortwettbewerb werden CDU und CSU die steuerlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen - auch bei den ertragsunabhängigen Steuern - aufkommensneutral weiter verbessern.

- Nach der Reduzierung der betrieblichen Einkommen- und Körperschaftsteuersätze in dieser Legislaturperiode wollen wir die Gewerbesteuerlast der Betriebe in mittelstandsfreundlicher Form senken. Für die Gemeinden werden wir einen Ausgleich in gleicher Qualität vorsehen, der das Interesse an der Ansiedlung von Gewerbebetrieben sicherstellt.
- In den neuen Ländern werden wir - auch zur Erleichterung des Verwaltungsaufbaus - die Aussetzung der ertragsunabhängigen Vermögensteuer verlängern.
- Auf europäischer Ebene treten wir für den Übergang auf eine Umsatzbesteuerung nach dem Ursprungslandprinzip ein, um durch Steuervereinfachung und Kostensenkung der Betriebe die Chancen für mehr Wachstum und Arbeitsplätze im Europäischen Binnenmarkt zu verbessern.
- Wir verbinden umweltpolitische Ziele mit den wirtschafts- und finanzpolitischen Erfordernissen. So wollen wir die Kraftfahrzeugsteuer auf eine emissionsorientierte Bemessungsgrundlage umstellen und dadurch den Anreiz verstärken, umweltfreundlichere und verbrauchsärmere Fahrzeuge herzustellen und zu kaufen. Mit der Spreizung des Steuersatzes für verbleites und unverbleites Benzin haben wir in Deutschland den Gebrauch unverbleiten Benzins zügig durchgesetzt. In gleicher Weise wollen wir insbesondere ein benzolärmeres Benzin schnell einführen. Im internationalen Rahmen treten wir für eine Harmonisierung der Besteuerung der Energieträger ein; hierbei werden wir darauf achten, die Steuerlast insgesamt nicht zu erhöhen und Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

Leistungsgerechter und familienfreundlicher Einkommensteuertarif

- Entsprechend dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts werden CDU und CSU ab 1996 einen Lohn- und Einkommensteuertarif verwirklichen, der die Freistellung des Existenzminimums für einzelne und die Familien dauerhaft gewährleistet, leistungsschädliche „Progressionssprünge“ und eine Verschärfung der Belastung auf die zusätzlich verdiente Mark (tarifliche Grenzbelastung) vermeidet. Der neue Steuertarif wird den Hauptvorteil der Steuerreform 1990 - den linear ansteigenden Steuertarif - beibehalten.

- Der zur Finanzierung der Erblast des gescheiterten sozialistischen Systems der früheren DDR notwendige, an der individuellen Leistungsfähigkeit ausgerichtete Solidaritätszuschlag wird keine Dauerbelastung bleiben, sondern jedes Jahr auf seine Notwendigkeit hin überprüft werden. Er darf deshalb auch nicht in den Steuertarif eingearbeitet werden. Ein fester Termin für einen Abbau des Solidaritätszuschlags kann aber aus Gründen der finanzpolitischen Solidität noch nicht genannt werden.

Steuerrecht vereinfachen

Die beabsichtigten Änderungen - im Unternehmen- und Familiensteuerrecht sowie beim Steuertarif - werden wir mit einem Jahressteuergesetz 1996 in Kraft setzen.

CDU und CSU wollen wirksame Maßnahmen zur Vereinfachung des geltenden Steuerrechts umsetzen, wie z.B. eine Kurzveranlagung und die Möglichkeit, Steuererklärungen im zweijährigen Rhythmus abzugeben.

Bei einer grundlegenden Vereinfachung des Wohnungssteuerrechts wollen CDU und CSU insbesondere die Finanzierungslasten der Familie berücksichtigen, um breit gestreutes Wohneigentum als Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft zu ermöglichen. Zur Minderung der Grundstückskosten sollen Grundeigentümer, vor allem die öffentliche Hand, mehr Erbbaurechte anbieten.

Die Neuregelung der Einheitsbewertung des Grundbesitzes darf kein Steuererhöhungsprogramm werden

Bei einer Neuregelung der Einheitsbewertung des Grundbesitzes werden CDU und CSU die Belange des Mittelstandes und der Landwirtschaft wahren und das Belastungsniveau über den bereits beschlossenen gesetzlichen Rahmen hinaus nicht erhöhen. Im Rahmen des verfassungsrechtlichen Spielraums lehnen wir den Ansatz von Verkehrswerten oder verkehrswertnahen Werten ab.

Deutschland modernisieren statt Zukunft blockieren

Innovationsfähigkeit fördern

Deutschland muß High-Tech-Land bleiben: Mit modernen und technologieintensiven Industrien sichern wir die Arbeitsplätze der Zukunft. Nur eine weltweit konkurrenzfähige Forschungsinfrastruktur sichert auf Dauer den Standort Deutschland. Wir brauchen einen neuen Forschungs- und Technologieschub:

- durch klare Entscheidungen für die Anwendung von Spitzentechnologien wie die Gentechnologie, die Kernenergie und die Magnetschwebbahn Transrapid;
- durch die konsequente Umsetzung der Postreform mit dem Ziel der weitgehenden Liberalisierung im Post- und Telekommunikationsbereich sowie der Privatisierung von Telekom, Postdienst und Postbank;
- durch den forcierten Ausbau von Glasfaserverbundnetzen für den Aufbau von „Datenautobahnen“. Auf diesem Gebiet sind die neuen Länder bereits Vorreiter in Europa;
- durch Verkürzung der staatlichen Genehmigungsverfahren im Technologiebereich; Ziel ist die Genehmigung von Anträgen innerhalb von sechs Monaten;
- durch eine stärkere breitenwirksame Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation sollen Anreize für zusätzliche Forschungsanstrengungen der Wirtschaft geschaffen werden und vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen;
- durch die Gründung einer „Deutschen Akademie für Wissenschaft und Technik“ als Diskussions- und Arbeitsforum der besten Köpfe des Landes;
- durch einen dem Bundeskanzler zugeordneten Rat für Forschung, Technologie und Innovation, um ein innovationsfreundliches Klima zu unterstützen und eine noch bessere Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu erreichen;
- durch die Verstärkung des Technologietransfers zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, um in Forschung und Entwicklung erzielte Ergebnisse schneller in marktfähige Produkte umzusetzen;
- durch Aufbringen von mehr Risikokapital vor allem für kleine und mittlere Unternehmen mit innovativen Ideen. Hierzu leisten auch die Wiedereinführung des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Förderung selbständiger Existenzen in den alten Ländern, das Innovationskreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie Deregulierungen im Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften einen wichtigen Beitrag;
- durch eine bessere Koordinierung von nationaler und europäischer Forschungsförderung.

Verkehr der Zukunft gestalten

Der von CDU und CSU eingeschlagene Weg einer zukunftsorientierten Verkehrspolitik muß durch Ausbau und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur konsequent fortgesetzt werden. Wir werden den Erfordernissen einer dynamischen Wirtschaft Rechnung tragen, die freie und möglichst unreglementierte Mobilität unserer Bürger sichern, Gesundheit und Umwelt schützen sowie unnötigen Verkehr vermeiden.

Die Privatisierung der Bahnen fördert die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Bis zum Jahr 2012 werden über 450 Mrd. D-Mark in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Schnellere Genehmigungsverfahren werden mit dem neuen Planungsbeschleunigungsgesetz realisiert. Die Einführung der LKW-Gebühr bringt eine gerechtere Verteilung der Wegekosten. Mit der Entscheidung für den Transrapid wird eine hochmoderne Technologie als Verkehrsträger eingeführt, die allein in den nächsten 10 Jahren über 10.000 Arbeitsplätze sichert und schafft.

- CDU und CSU werden den ökologisch ausgewogenen Aus- und Neubau der Straßen, Schienenwege und Binnenwasserstraßen weiter fortsetzen und dadurch Arbeitsplätze sichern. Im Mittelpunkt steht die Verwirklichung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit.
- Neue Verkehrsinfrastrukturen sollen stärker als bisher privat finanziert und betrieben werden. Dazu ist die weitere Entwicklung und die Realisierung von Konzessions- und Betreibermodellen notwendig. Daneben sollen staatliche Beteiligungen an Unternehmen auch im Verkehrssektor weiter abgebaut werden.
- Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen lehnen wir ab. Es macht weder aus Umwelt- noch aus Sicherheitsgründen Sinn. CDU und CSU setzen auf moderne Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die gezielt bei hoher Verkehrsdichte oder schlechten Wetterlagen situationsangepaßte Geschwindigkeiten festlegen.
- CDU und CSU werden die Einführung intelligenter und international kompatibler Verkehrsmanagementsysteme in Deutschland und Europa vorantreiben. Nur durch Vernetzung und Kooperation von Straße, Schiene, Öffentlichem Personennahverkehr, Wasserstraßen und Flugverkehr mit modernen Hochtechnologien wird Europa in der Lage sein, die ansteigenden Verkehrsströme ökologisch verantwortbar und ökonomisch sinnvoll zu bewältigen. Deshalb setzen wir uns auch mit Nachdruck für den Auf- und Ausbau transeuropäischer Netze ein. Ohne eine erhebliche Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene ist dabei keine der zukünftigen Herausforderungen zu lösen.

- CDU und CSU wollen die Entwicklung von umweltschonenden zukunftsorientierten Verkehrstechnologien, wie verbrauchs- und emissionsärmere Motoren.
- Auch die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs muß auf marktwirtschaftliche Instrumentarien setzen. Die Regionalisierung des Schienenverkehrs kann hier wichtige Impulse geben, da Entscheidungen vor Ort flexibler und kostengünstiger ausfallen.
- Im Rahmen eines Feldversuchs prüfen wir die Möglichkeit, Wegekosten gerecht anzulasten und ausländische Verkehrsteilnehmer zur Finanzierung der Verkehrswege heranzuziehen. Ob und wie Autobahngebühren erhoben werden, bleibt einer politischen Entscheidung im Anschluß an die Auswertung des Feldversuchs vorbehalten. Voraussetzung ist in jedem Fall, daß der Datenschutz gewahrt wird und ein steuerlicher Ausgleich - etwa durch Entlastung bei der Kfz-Steuer oder Senkung der Mineralölsteuer - erfolgt. Wir wollen, daß Autofahren auch in Zukunft bezahlbar bleibt.
- CDU und CSU treten dafür ein, die deutschen Verkehrsunternehmen im internationalen Wettbewerb weiter zu stärken. Dies gilt besonders angesichts der neuen Konkurrenz der Niedriglohnländer. CDU und CSU werden sich daher im Rahmen der europaweiten Harmonisierungsbemühungen für gleiche Chancen beim Marktzugang sowie bei den steuerlichen, sozialen, technischen und rechtlichen Rahmenbedingungen einsetzen.

Ausbildung verbessern

Nur ein hoher Bildungs- und Qualifikationsstand sichert die Innovations- und Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft. Eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft liegt im originären Interesse der Wirtschaft. Die Unternehmer tragen für die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter besondere Verantwortung. CDU und CSU wollen im Rahmen der föderalen Ordnung unser Bildungssystem den neuen Herausforderungen anpassen, effizienter gestalten und auf ein lebenslanges Lernen hin orientieren:

- Wir werden überlange Ausbildungszeiten und Studienzeiten verkürzen.
- Wir wollen die Aufstiegs- und Einkommenschancen von Absolventen der beruflichen Bildung in den Betrieben und Unternehmen verbessern.
- Wir werden die Berufsbilder zügig modernisieren und an die technologische Entwicklung anpassen.

- Wir wollen besonders qualifizierten Absolventen der beruflichen Bildung den Zugang zur Hochschule erleichtern.
- Wir treten für einen Ausbau der praxisorientierten Studiengänge ein. Das Angebot von Studienplätzen an Fachhochschulen und Berufsakademien muß ausgebaut werden.
- Wir streben eine Neuordnung der Ausbildungsförderung mit dem Ziel an, für praktische und akademische Bildungsgänge vergleichbare Chancen zu eröffnen. CDU und CSU bekennen sich zur Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung.
- Wir treten für eine Studienreform ein, bei der zwischen einem berufsbefähigenden Studium und einem Graduiertenstudium differenziert wird.
- Leistungseliten wollen wir gezielt fördern.
- Wir wollen die Autonomie der Hochschulen stärken, vor allem durch eigenverantwortliche Mittelverwaltung in Forschung und Lehre.
- CDU und CSU wollen insgesamt mehr Wettbewerb zwischen den Hochschulen - auch um die deutschen Hochschulen in der europäischen Konkurrenz zu stärken.
- Wir werden das Stiftungsrecht reformieren, um auch im Bildungsbereich mehr Privatinitiative, etwa durch Stiftungslehrstühle, Stiftungsbibliotheken etc. zu ermöglichen.
- Wir wollen die Gleichberechtigung von Frauen in Forschung und Wissenschaft voranbringen.

Verwaltung straffen statt Bürokratie vermehren

Wirtschaftliche Dynamik und Innovationsfähigkeit dürfen nicht an staatlicher Überreglementierung und bürokratischer Lähmung scheitern. CDU und CSU werden sich daher weiterhin für eine Rückführung staatlicher Aufgaben auf allen Ebenen einsetzen, wo immer dies möglich ist. Wir wollen durch Deregulierung, Privatisierung und Verwaltungsvereinfachung neue Freiräume für Privatinitiative eröffnen.

Der Staat muß sich auf das Notwendige konzentrieren und beweglicher werden:

- durch eine grundlegende Reform der Aufgaben und Organisationsstrukturen in der Bundesverwaltung. Die Reduzierung des Personalbestandes um jährlich 1% soll in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt werden;
- durch stärkere Flexibilisierung und leistungsorientierte Gestaltung des öffentlichen Dienstrechts;
- durch Vergabe von Spitzenämtern und Funktionen im öffentlichen Dienst auf Zeit;
- durch die Fortsetzung unserer Privatisierungspolitik auf Bundesebene, die Veräußerung von bundeseigenen Liegenschaften, die Veräußerung von Bundesbeteiligungen;
- durch Aufgabenabbau und Privatisierung im Bereich der Abfallwirtschaft, der Wasserwirtschaft und des Immissionsschutzes;
- durch die Außerkraftsetzung von Gesetzen und Verordnungen nach Ablauf bestimmter Fristen, wenn nicht die Unverzichtbarkeit der Norm nachgewiesen ist;
- durch Einführung von Verfahrensfristen und Ausschlußfristen zur Beschleunigung von Verwaltungsverfahren;
- durch Konzentration von Zuständigkeiten in Genehmigungsverfahren sowie durch die Schaffung von Planungsspielräumen, die einer gerichtlichen Prüfung entzogen sind;
- durch Umgestaltung des staatlichen Genehmigungswesens im Wohnungsbau, wie bei der Erstellung neuer Anlagen und Betriebsteile zu einem Abnahmewesen. Wo Genehmigungsverfahren weiterhin unerlässlich sind, sollen zeitliche Obergrenzen für die Genehmigungserteilung eingeführt werden;
- durch die Verbindung sogenannter dynamischer Standards mit Ermessens- und Beurteilungsspielräumen einschließlich wirtschaftlicher Maßstäbe (Verhältnismäßigkeitsgrundsatz);
- durch Reduzierung von Prüfungsmaßstäben und Standards, soweit dies sachlich vertretbar ist;
- durch Reduzierung von vorgeschriebenen Statistiken und Erhebungen, Entlastung der Unternehmen von administrativen Melde-, Berichts- und Aufbewahrungspflichten;

- durch Beschränkung der Rechtsmittel auf ein vernünftiges Maß.

CDU und CSU bekennen sich zu einem modernen öffentlichen Dienst einschließlich des Berufsbeamtentums, der das hohe Niveau öffentlicher Daseinsvorsorge auch in Zukunft gewährleistet.

Kapitel III

Wir bewahren die natürlichen Lebensgrundlagen und erhalten die Kulturlandschaft

Es ist unsere Aufgabe, Natur und Umwelt als Teil der Schöpfung zu schützen. Wir tragen Verantwortung, die natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen zu bewahren.

Dazu werden wir die ökologische Dimension der Sozialen Marktwirtschaft ausbauen. CDU und CSU werden auch künftig die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft nutzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Nur so erzielen wir auf Dauer ökologisch ehrliche Preise und stärken die Eigeninitiative und das Eigeninteresse an mehr Umweltschutz. Verfahren können beschleunigt und Verwaltung abgebaut werden, indem Umweltqualitätsziele vorgegeben, nicht jedoch auch die Wege dorthin vorgezeichnet werden.

Ökologisch wirtschaften statt Wirtschaft strangulieren

Umwelt

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit ihrer Umweltpolitik international führend. Dennoch sind zusätzliche Anstrengungen erforderlich. Nur so können wir weiter auf die notwendige grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Umweltschutz, etwa im Rahmen der Europäischen Union, drängen und eine Harmonisierung erreichen. Nur so auch können wir unsere führende Position im Bereich der Umwelttechnologien behaupten, was Arbeitsplätze schafft und sichert.

- Die Sanierung der Umwelt in den neuen Bundesländern hat weiterhin besondere Priorität. CDU und CSU wollen gleichwertige Umweltbedingungen in ganz Deutschland schaffen.

- Vermeidung und Verwertung von Abfällen werden auch in Zukunft das Kernstück unserer Abfallwirtschaftspolitik sein. Produktion, Nutzung und Verteilung müssen soweit wie möglich in geschlossenen Kreisläufen erfolgen. Mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und der Verpackungsverordnung haben wir diesen Prozeß erfolgreich eingeleitet; wir werden ihn weiter vorantreiben.
- Ohne Wasser gibt es kein menschliches Leben und Wirtschaften. Der Schutz unserer Gewässer bleibt daher eine zentrale Aufgabe unserer Umweltpolitik. Überzogene Anforderungen an die Ausbaustandards der Anlagen müssen auch hier im Interesse eines effizienten Kosten-Nutzen-Verhältnisses vermieden werden.
- CDU und CSU halten am Ziel der 25 %igen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis zum Jahr 2005 fest:

Die Bahnreform leistet mit der Verbesserung der Attraktivität des Schienenverkehrs hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir werden die Entwicklung und Nutzung regenerativer Energien mit großem Nachdruck betreiben. Entscheidende Anreize zur Erhöhung der Wirkungsgrade sowie zur Einsparung von Energie erfolgen über den Preis.

Wir wollen alle Anstrengungen zur rationelleren Energienutzung vorantreiben, die vorhandenen Energiesparpotentiale ausschöpfen sowie die Wirkungsgrade der fossilen Energieträger in allen Verwendungsbereichen wesentlich erhöhen. Eine sparsame, intelligente und verantwortungsbewußte Nutzung von Energie ist der beste und sicherste Weg, Energiequellen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermindern.

- Die Entlastung der Umwelt ohne Beeinträchtigung unseres Lebensstandards ist nur durch die Entwicklung moderner Technik möglich. Ein rot-grüner Ökodirigismus wäre der falsche Weg: Überzogene Planungs- und Genehmigungsverfahren hemmen nicht nur die allgemeine wirtschaftliche und technologische Entwicklung, sondern führen vielfach auch zu unnötigen Umweltbelastungen. Bei Änderungen von Anlagen kommen in der Regel neuere, strengere Vorschriften und bessere Technologien zur Anwendung. CDU und CSU treten deshalb dafür ein - gerade auch im Interesse des Umweltschutzes -, daß in diesen Fällen ein vereinfachtes Verfahren angewandt wird.
- Natur- und Landschaftsschutz sind Kernbestandteile unserer Politik zur Bewahrung der Schöpfung. Hieran müssen alle gesellschaftlichen Gruppen mitwirken, der Staat ebenso wie die Bürger, die schon heute vielfach durch ihr großes Engagement in den zahlreichen Umwelt- und Naturschutzverbänden einen

wertvollen Beitrag leisten. Nicht zuletzt ist es notwendig, die Landwirtschaft in Zukunft stärker in Landschaftspflege und Naturschutz einzubinden. Besondere Leistungen der Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung unserer Kulturlandschaft müssen angemessen honoriert werden.

Energie

CDU und CSU treten für eine Lebenshaltung und Lebenskultur ein, die die Energie als kostbares, sparsam zu nutzendes Naturgut begreift. Um eine zukunftssichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung den ökologischen Erfordernissen anzupassen, setzen CDU und CSU auf einen Energie-Mix, der den Einsatz von Braun- und Steinkohle, Öl, Gas und Kernenergie sowie erneuerbarer Energien umfaßt. Keine dieser Optionen darf aufgegeben werden.

- Die fossilen Energieträger werden weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Ihr Einsatz muß daher noch effizienter und rationeller erfolgen, um den Schadstoffausstoß einzuschränken.
- Mit den Entscheidungen zur Finanzierung der heimischen Steinkohle geben CDU und CSU dem Bergbau und den darin Beschäftigten eine klare Perspektive für die Zukunft und setzen gleichzeitig Signale für die weitere Umstrukturierung des Steinkohlebergbaus.
- Durch die Privatisierung der ostdeutschen Braunkohle sowie der Stromwirtschaft, die Investitionen in Milliarden-Höhe nach sich ziehen wird, wurde die Grundlage für die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung der ostdeutschen Braunkohleregionen gelegt.
- Wir werden erneuerbare Energien verstärkt fördern, um die Umwelt besser zu schützen und auch in diesem Bereich moderne, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Auch im Hinblick auf die Energieversorgung der Entwicklungsländer ist die technologische Weiterentwicklung von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien notwendig.
- Die Nutzung der Kernenergie ist unter wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten unverzichtbar. Deutschland hat die im internationalen Vergleich beste und modernste Kernkrafttechnologie, mit der die weltweit zunehmende Nutzung der Kernenergie sicherer gemacht wird und von der bei uns hochqualifizierte Arbeitsplätze abhängen. CDU und CSU treten für eine Weiterentwicklung der Technologie ein, um die Risiken weltweit noch stärker zu reduzieren und der deutschen Hochtechnologie ihren Spitzenplatz zu erhalten.

Die Unsicherheit bei Planung und Genehmigung im Energiebereich muß beendet werden. Bereits erteilte Genehmigungen müssen langfristig Bestand haben, um eine weitere Kapitalvernichtung zu verhindern.

- Die weitere Öffnung internationaler Energiemärkte und stärkere energie-wirtschaftliche Zusammenarbeit ermöglichen eine saubere, preiswerte und moderne Energieversorgung. Der Ordnungsrahmen in Deutschland und im Europäischen Binnenmarkt muß weiterentwickelt werden. Dabei ist darauf zu achten, daß es nicht zu einer größeren Regelungsdichte und zu zusätzlichem bürokratischen Aufwand kommt, um die Wirtschaft nicht noch weiter zu belasten.

Landwirtschaft stärken statt Bauern entmutigen

Deutschland braucht eine leistungsfähige, marktorientierte und umweltverträgliche Land- und Ernährungswirtschaft, die hochwertige Nahrungsmittel und Rohstoffe erzeugt, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und die Kulturlandschaft pflegt.

Zur Sicherung dieser Leistungen brauchen wir eine wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft, die sich im europäischen Binnenmarkt behaupten kann. Unser Leitbild ist dabei der unternehmerisch handelnde Landwirt, der eigenverantwortlich im Familienbetrieb oder in anderen Betriebs- und Rechtsformen tätig und an der bäuerlichen Wirtschaftsweise ausgerichtet ist. Wir bekennen uns zur Vielfalt der bäuerlichen Landwirtschaft und der Vielfalt traditionell gewachsener landwirtschaftlicher Strukturen in den verschiedenen Formen des Voll-, Zu- und Nebenerwerbs mit Chancengerechtigkeit für alle Betriebs- und Rechtsformen.

CDU und CSU werden ihre Politik zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum fortsetzen. Den schwierigen Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft werden wir mit gezielten Maßnahmen unterstützen durch

- die ausgleichgesicherte Marktentlastung,
- die Stärkung leistungsfähiger Betriebe,
- die Förderung besonderer Leistungen für die Umwelt,
- die soziale Flankierung des Strukturwandels,
- die Schaffung zusätzlicher Erwerbsalternativen und außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und
- die weitere Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum.

CDU und CSU werden mit ihrer Agrarpolitik dabei durch verlässliche politische Rahmenbedingungen den landwirtschaftlichen Betrieben die nötigen Freiräume für ihre unternehmerischen Entscheidungen schaffen. Auf der Grundlage eines breitgestreuten und gesicherten Eigentums müssen die bäuerlichen Unternehmer in der Lage sein, für sich und ihre Familien ein ausreichendes Einkommen zu erwirtschaften.

CDU und CSU werden den bewährten agrarpolitischen Weg fortsetzen und mit einem ausgewogenen Maßnahmenbündel auch bei fortschreitendem Strukturwandel eine flächendeckende Landbewirtschaftung sicherstellen.

In der Agrarmarktpolitik der Europäischen Union wollen wir uns für eine konsequente europaweite Umsetzung aller vorhandenen Maßnahmen einsetzen und die notwendige Marktentlastung sicherstellen, die Anwendung praxisgerecht vereinfachen und die Preisausgleichszahlungen für landschaftspflegerische Leistungen weiterentwickeln.

- CDU und CSU werden die Agrarstrukturpolitik für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum im Hinblick auf die Effizienzsteigerung der eingesetzten Fördermittel und die praxisgerechte Vereinfachung der Förderung kritisch überprüfen.

In der einzelbetrieblichen Förderung bedarf es neben einer Verwaltungsvereinfachung der Stärkung leistungsfördernder sowie umweltbezogener Prinzipien.

- CDU und CSU unterstützen die Landwirte darin, damit diese verstärkt Anreize für Umwelt- und Landschaftspflegeleistungen erhalten. Die begleitenden Maßnahmen der EU-Agrarreform müssen genutzt und die Rahmenbedingungen für den Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft verbessert werden.

Für besondere ökologische und landschaftspflegerische Leistungen der Landwirtschaft, die über die ordnungsgemäße Bewirtschaftung hinausgehen, wollen wir den Ausgleichsanspruch festschreiben.

- Die Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt- und Klimaschutz durch umweltverträglichen Anbau und Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen wollen wir mit der umfassenden Förderung von Forschungs- und Demonstrationsprojekten weiter ausbauen.
- Damit die Landwirtschaft im europäischen Wettbewerb bestehen kann, braucht sie Produktionsbedingungen wie in den europäischen Nachbarländern. CDU

und CSU werden daher den Abbau von wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen etwa bei baulichen Anlagen, beim Pflanzenschutz und bei der Düngung in Europa und in Deutschland vorantreiben. Gleichzeitig sollen auch künftig bis zur Einführung einer stabilen europäischen Währung agrarmonetäre Nachteile von Währungsveränderungen für die Bauern ausgeglichen werden.

- Mit der Agrarsozialreform haben wir die Finanzierung der Alterssicherung der Landwirte dauerhaft und zuverlässig gesichert. Als Kernstück dieser Reform haben CDU und CSU die eigenständige soziale Absicherung für Bäuerinnen eingeführt. Damit haben wir die letzte große Lücke im landwirtschaftlichen Sicherungssystem geschlossen. Bäuerinnen werden in der Altersversicherung der Landwirte pflichtversichert und erwerben mit eigenen Beiträgen die gleichen Rentenansprüche wie ihre Männer.

Kapitel IV

Wir fördern Gemeinsinn und stärken die Familie

Leitbild von CDU und CSU ist eine Gesellschaft des Gemeinsinns mit der Familie als Mittelpunkt.

Freiheit und Verantwortung dürfen nicht voneinander gelöst werden. Wir wollen eine Gesellschaft, die geprägt ist von mehr Eigenverantwortung und mehr Solidarität.

Durch eine Stärkung der Eigenverantwortung entstehen neue Freiräume für den einzelnen. Dadurch gewinnt auch der Staat Handlungsspielräume zurück, um seine eigentlichen Aufgaben zuverlässig zu erfüllen und denen helfen zu können, die staatlicher Unterstützung bedürfen. In diesem Sinn werden CDU und CSU den notwendigen Umbau des Sozialstaates fortführen.

Die Familie bildet den Kern unserer Gesellschaft. Sie entspricht einem Grundbedürfnis der Menschen. Für Kinder ist sie die erste und wichtigste Gemeinschaft, in der sie menschliches Miteinander erfahren und einüben.

Kinder sind eine Bereicherung; sie bedeuten Zukunft. Wer sich für Kinder entscheidet, wer sie betreut und erzieht, übernimmt eine unverzichtbare Aufgabe

für die Gesellschaft. Was in der Familie erfahren und erlernt wird, prägt nachhaltig das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft. Den Alleinerziehenden wollen wir besonders helfen.

CDU und CSU wenden sich entschieden gegen eine fortschreitende Zersplitterung unserer Gesellschaft. Wir setzen dagegen auf den Gedanken der Partnerschaft - Partnerschaft zwischen Mann und Frau, zwischen den Generationen, zwischen den sozialen und beruflichen Gruppen, nicht zuletzt zwischen Deutschen und Ausländern. Dies erfordert in hohem Maße die Fähigkeit zu Toleranz und die Bereitschaft zu Solidarität.

Deutschland ist ein weltoffenes und gastfreundliches Land. Wir setzen uns für das friedliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. Die bei uns lebenden Ausländer sind auch menschlich und kulturell eine Bereicherung für uns. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt gegen Ausländer. Wir wollen dazu beitragen, ein Klima wechselseitiger Partnerschaft und Toleranz zu schaffen, in dem sich das Miteinander von Deutschen und Ausländern freundschaftlich entwickeln kann.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen Wärme und Geborgenheit finden können. Dazu braucht der einzelne Halt und Orientierung in der Familie und in Glaubensgemeinschaften. Die Kirchen sind für viele Glaubensheimat. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag zur Wertevermittlung und zur Gestaltung des Gemeinwohls. Wir unterstützen sie nachdrücklich darin. Am System der Kirchensteuer halten wir fest.

Wir wollen die Würde des menschlichen Lebens in allen Phasen seiner Entwicklung schützen und bewahren. CDU und CSU setzen ihre Politik eines umfassenden Lebensschutzes fort, die auch in dem von uns erstrittenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Schwangerschaftskonflikten und dem im Deutschen Bundestag durchgesetzten Schwangeren- und Familienhilfegesetz zum Ausdruck kommt. Viele Menschen sind verunsichert durch die Diskussion über den Umgang mit Sterbenden, über die Handhabung von Organentnahmen, über mögliche Eingriffe in das Erbgut, über Leihmutterchaft und embryonale Medizin. Wir halten an der Unverfügbarkeit jedes einzelnen Menschen fest. Das christliche Verständnis vom Menschen setzt der Anwendung des technisch Machbaren Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen.

CDU und CSU werden in der nächsten Legislaturperiode in einem Gesetz zum Schutz der Würde des menschlichen Lebens entsprechende rechtliche Vorkehrungen treffen - etwa im Bereich der Organtransplantation und des Organhandels, der Sterbehilfe und des menschlichen Erbgutes.

Die Vielzahl von Selbsthilfegruppen in Deutschland, die Spendenbereitschaft der Bevölkerung, die Hilfsaktionen für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die nachbarschaftliche Solidarität in der selbstorganisierten Kinderbetreuung, das vielfältige Engagement in den Vereinen und Bürgergruppen, in den Städten und Gemeinden, in den politischen Parteien sind Ausdruck dafür, daß menschliche und demokratische Tugenden in unserem Land lebendig sind.

Das gelebte Ehrenamt ist eine der tragenden Säulen für Gemeinsinn und freiheitliche Demokratie. Das ehrenamtliche Engagement von Frauen und Männern in Vereinen und Initiativen bereichert unsere Gesellschaft und macht die breite Vielfalt sozialer, sportlicher, kultureller und politischer Initiativen erst möglich.

Familien stärken statt Bindungen lösen

Die Familienpolitik von CDU und CSU zielt auf die Stärkung von Ehe und Familie. Die Ehe ist die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater bei der Erziehung der Kinder. Die Union hält daran fest, die Ehe in unserer Verfassung als Institution zu schützen. Wir respektieren nichteheliche Partnerschaften, ihre rechtliche Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab.

Wir wollen eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft, in der Kindererziehung und Beruf besser miteinander vereinbart werden können.

Der Wert der von Familien erbrachten Leistung wird immer noch zu wenig anerkannt. In weiten Bereichen der Gesellschaft fehlen Rücksichtnahme und Verständnis für die Familie.

- Die Weiterentwicklung des Familienlastenausgleichs zu einem sozial ausgewogenen Familienleistungsausgleich hat für CDU und CSU hohe Priorität. Wir werden entstehende Finanzierungsspielräume zur Stärkung der Familie nutzen. CDU und CSU orientieren sich dabei an folgenden Leitlinien:
 - Verbesserung der steuerlichen Förderung der Familie.
 - Stärkere Ausrichtung der Transferleistungen für die Familien auf Einkommen und Kinderzahl. Die Leistungen müssen um so höher sein, je geringer das Einkommen und je größer die Kinderzahl in der Familie ist.
 - Anpassung des Familienleistungsausgleichs an die wirtschaftliche Entwicklung in angemessenen Abständen.

- Zur Verbesserung der Familienförderung wollen wir möglichst nur eine Anlaufstelle für alle Geldleistungen; die verschiedenen Einkommensbegriffe dieser Leistungen sollen vereinheitlicht werden. Den bürokratischen Aufwand bei der Auszahlung von Erziehungsgeld wollen wir verringern.
- CDU und CSU treten dafür ein, daß Frauen und Männer Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können. Wir wollen, daß die Leistungen in der Familie und in der Kindererziehung noch stärker anerkannt werden. Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung sind wichtige Schritte auf diesem Weg.
- Wir brauchen eine Arbeitswelt, die auf die Bedürfnisse der Familie verstärkt Rücksicht nimmt. Teilzeitarbeit eröffnet mehr Spielräume für die Familien und schafft neue Arbeitsplätze. CDU und CSU haben bei Bundesbehörden den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit durchgesetzt. Dieses Modell hat Vorbildcharakter für den gesamten öffentlichen Dienst. Auch in der Privatwirtschaft muß das Teilzeitangebot erweitert werden.
- Wir setzen uns dafür ein, daß Familien mit Kindern ausreichend bezahlbare Wohnungen finden. Die Bildung von Wohneigentum für Familien mit Kindern wollen wir stärker fördern.
- CDU und CSU haben den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr durchgesetzt. Dieses Ziel muß jetzt zügig verwirklicht werden. Dabei wollen wir insbesondere Kindergärten in freigemeinnütziger Trägerschaft stärken und Elterninitiativen fördern.
- Beim Unterhaltsvorschußgesetz wird die Altersgrenze erhöht. Damit werden wir die finanzielle Absicherung alleinerziehender Mütter und Väter verbessern.
- Aus familien- und arbeitsmarktpolitischen Gründen soll die Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bei Abschluß eines sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses steuerlich stärker berücksichtigt werden können.

Partnerschaft fördern statt Solidarität verweigern

Frauen

CDU und CSU setzen sich für eine partnerschaftliche Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens gleichbe-

rechtigt gestalten. Mit der Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz und dem 2. Gleichberechtigungsgesetz wollen wir dieses Anliegen weiter voranbringen und vor allem erreichen, daß Frauen bei Arbeitsplätzen gleiche Chancen eingeräumt werden. Die Frauenförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir weiter verbessern. Auf dieser Grundlage wollen wir die Gleichberechtigungspolitik konsequent fortführen.

- Bei den arbeitsplatzbezogenen Beschäftigungshilfen wollen wir die Beteiligung der Frauen weiter verbessern. Die Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen werden wir fortführen. Dabei haben wir bereits erhebliche Fortschritte erzielt: Betrug die Zahl der Berufsrückkehrerinnen Mitte der achtziger Jahre noch 350.000 Frauen, so liegt sie heute bei 1,2 Millionen. Die Weiterbildung während der Familienphase soll gefördert, Kontakthalteangebote sollen weiter ausgebaut werden.
- CDU und CSU treten für eine Intensivierung der Bildungs- und Berufsberatung von Mädchen und jungen Frauen ein.
- Die unionsgeführte Bundesregierung hat zahlreiche Verbesserungen in den gesetzlichen Alterssicherungssystemen für Frauen durchgesetzt. Viele ältere Frauen erhalten durch die Verkürzung der Wartezeit für den Bezug von Altersrente von fünfzehn auf fünf Jahre erstmals einen eigenständigen Rentenanspruch. Ein entscheidender Durchbruch war die Einführung von Erziehungszeiten im Rentenrecht. Auch das Rentenreformgesetz 1992 hat Verbesserungen zugunsten von Frauen mit geringen Beiträgen gebracht. Im Rahmen des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes wurden spürbare Verbesserungen für Frauen eingeführt, die Kinder erziehen. Mit dem Agrarsozialreformgesetz erhalten Bäuerinnen, die bisher nicht der Rentenversicherungspflicht unterlagen, erstmals einen eigenständigen Rentenanspruch.
- CDU und CSU setzen sich dafür ein, daß die privaten Arbeitgeber von den Kosten des Mutterschutzes durch eine Umlage entlastet werden, wie es bei Kleinbetrieben bereits der Fall ist. Dies verbessert die Chancen junger Frauen auf dem Arbeitsmarkt.
- Damit Klein- und Mittelbetriebe leichter Erziehungs- und Pflegephasen ihrer Mitarbeiter ausgleichen können, wollen wir uns für Verbundlösungen einsetzen, die auf die jeweiligen Betriebe zugeschnitten sind. Die Koordinierungsstellen sind bei Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern einzurichten.

Senioren

Eine partnerschaftliche Gesellschaft muß gerade auch im Miteinander der Generationen ihren Ausdruck finden. Wir brauchen den Erfahrungsschatz der älteren Menschen. Jüngere Generationen bauen auf ihrem Lebenswerk auf. CDU und CSU werden weiter die Interessen der Senioren in unserer Gesellschaft mit Nachdruck vertreten.

Das Alter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Wir müssen die Rahmenbedingungen für ein aktives Leben im Alter verbessern und die Voraussetzungen für Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ausweiten. Den Senioren muß die Chance geboten werden, sich ihrem Leistungsvermögen entsprechend in allen Lebensbereichen einzubringen. Wir wollen den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen dahingehend fördern, daß sie die Partnerschaft mit den Älteren praktizieren.

Die Zukunftschancen unseres Wirtschaftsstandorts liegen auch in der realistischen Einschätzung und Nutzung der Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen der älteren Mitbürger. Diese Zukunftschancen lassen sich nur ausschöpfen, wenn die Bedürfnisse und Belastungen berücksichtigt werden, gleichzeitig aber die vielfältigen Potentiale alter Menschen sinnvoll genutzt werden - zum Wohl der Älteren selbst wie der Gesellschaft. Ohne das Engagement der älteren Bürger können wir die Aufgaben der Zukunft nicht meistern. Gerade ältere Menschen haben eine Fülle von Kenntnissen und Erfahrungen, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

Für CDU und CSU gilt: Rente ist Alterslohn für Lebensleistung. Wer sein Leben lang gearbeitet und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt hat, hat Anspruch auf eine angemessene materielle Sicherung im Alter. Dafür sorgt unsere gesetzliche Rentenversicherung und unsere Politik der Geldwertstabilität, die die Vermögen schützt. Die gesetzliche Rentenversicherung wurde von CDU und CSU in der großen Reform 1992 zukunftssicher gemacht. Damit steht fest: Die Renten bleiben sicher.

Wir haben die soziale Pflegeversicherung geschaffen, die gerade auch vielen Älteren zugute kommt. Für die älteren Menschen, die zeitweise oder auf Dauer fremder Hilfe bedürfen, kann nun ein ausreichendes Angebot an Hilfen bereitgestellt werden, das auf die individuelle Situation abgestimmt ist. Dabei müssen sich stärker als bisher auch soziale Dienstleistungen an wirtschaftlichen Maßstäben messen lassen.

Auf dem Gebiet der Altersforschung hat die Union wichtige Weichen gestellt.

Diese Forschungen müssen weiter intensiviert und ihre Erkenntnisse in die Praxis umgesetzt werden.

Der Bundesaltenplan als das zentrale Förderinstrument des Bundes für die Seniorenpolitik ist auszubauen.

Jugend

Politik für die Jugend ist Investition in die Zukunft unseres Landes. CDU und CSU wollen die Belange der Kinder und Jugendlichen bei allen politischen Entscheidungen stärker als bisher berücksichtigen. Dabei soll die Vermittlung von Werten und die Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu verantwortungsbewußten und mündigen Staatsbürgern im Vordergrund stehen. Wer Jugendlichen Orientierung geben will, muß vorbildlich handeln und zum Dialog mit der Jugend bereit sein. Politik muß Anliegen der Jugend ernst nehmen und jungen Menschen Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben aufzeigen. Jugendpolitik muß differenziert sein. Sie darf sich nicht auf die Auseinandersetzung mit einer Minderheit beschränken und zur „Krisen-Verhinderungs-Politik“ werden.

- In den neuen Bundesländern wollen wir den bereits begonnenen Aufbau von Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen weiterführen. CDU und CSU werden diese Aufgabe der Länder und Kommunen auch in den kommenden Jahren unterstützen.
- Eine wichtige Aufgabe der Jugendpolitik ist es, allen Formen von Gewalt entgegenzuwirken. CDU und CSU werden das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt fortführen. Wir werden die Angebote der Jugendsozialarbeit verstärken und weiterentwickeln. Wir unterstützen neue Wege der Gewaltprävention. Die Wiedereingliederung ehemaliger jugendlicher Gewalttäter in die Gesellschaft wollen wir verbessern.
- CDU und CSU werden einen verbesserten Jugendschutz in den Medien durchsetzen und den Jugendschutz auf europäischer Ebene vereinheitlichen. Wir fordern die Fernsehveranstalter dazu auf, verstärkt ihrer Eigenverantwortung gerecht zu werden und die Gewaltanteile in ihren Sendungen zu reduzieren. Angesichts grenzüberschreitender Satellitenprogramme setzen CDU und CSU sich für eindeutige Verbote pornographischer und gewaltverherrlichender Sendungen auf europäischer Ebene ein.
- CDU und CSU wollen die internationale Jugendarbeit verstärken. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Völkerverständigung. Sie trägt dazu bei, Unkenntnis und

gegenseitige Vorurteile abzubauen, andere Nationen und Kulturen besser zu verstehen und damit zu einem friedlichen Zusammenleben hinzuführen. Das Deutsch-Französische Jugendwerk hat sich als Erfolgsmodell bewährt. Deshalb wollen CDU und CSU das Angebot des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes deutlich ausbauen. Wir wollen den Austausch von Jugendlichen und Fachkräften mit den Staaten in Mittel- und Osteuropa verstärken.

- Mit unserer Jugendpolitik wollen wir dazu beitragen, das Miteinander von deutschen und ausländischen Jugendlichen zu fördern und junge Aussiedler in unsere Gesellschaft einzugliedern.
- Die Integration behinderter junger Menschen wollen wir erleichtern.
- CDU und CSU werden das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr weiterentwickeln.

Sozialstaat umbauen statt Solidargemeinschaft überfordern

CDU und CSU wollen das Niveau der sozialen Sicherung in Deutschland erhalten und sozialen Fortschritt auch in Zukunft möglich machen. Dies setzt jedoch die Bereitschaft zum Umbau des Sozialstaates voraus.

Der wirtschaftliche, demographische und gesellschaftliche Wandel stellt den Sozialstaat vor neue Aufgaben. Sie können nur gemeistert werden, wenn wir in Deutschland Bereitschaft und Kraft aufbringen, traditionelle Besitzstände vorbehaltlos auf den Prüfstand zu stellen und gegebenenfalls neue Prioritäten zu setzen.

Der Herausforderung, den Sozialstaat an veränderte und sich verändernde Bedingungen anzupassen, haben sich CDU und CSU gestellt:

- Wir haben nach zähem Ringen die soziale Pflegeversicherung geschaffen, die wegen der vereinbarten Kompensationsregelung die Arbeitskosten nicht belastet, Einsparungen bei der Krankenversicherung sowie bei der Sozialhilfe ermöglicht und neue Arbeitsplätze schafft. Damit wurde die letzte große Lücke in unserem sozialen Sicherungssystem geschlossen und ein für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen unwürdiger Zustand beendet.
- Trotz der hohen Transfers der westdeutschen Sozialversicherung in die neuen Bundesländer von bis zu 120 Mrd. DM zwischen 1991 und 1993 lagen die westdeutschen Sozialversicherungsbeiträge gemessen am Bruttosozialprodukt 1993 mit 17,9 Prozent nicht wesentlich höher als 1982 mit 17,2 Prozent. Der

Anstieg der Sozialausgaben in den neuen Bundesländern hat die gesamtwirtschaftliche Beitragsbelastung nicht drastisch erhöht.

- Durch intensive Mißbrauchsbekämpfung, die allein im Geschäftsbereich der Bundesanstalt für Arbeit zu Einsparungen in Höhe von 1,6 Mrd. DM geführt hat, sowie durch maßvolle Absenkungen, teilweise auch Befristungen von Lohnersatzleistungen, wurden wichtige Einsparungen erzielt.
- Um den zukünftigen Belastungen für die Rentenversicherung rechtzeitig zu begegnen, haben CDU und CSU die maßgeblichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in unserem Land zu einem Konsens zusammengeführt und die Rentenreform '92 verabschiedet. Sie sichert die Renten auch für die Zukunft.
- Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz 1993 haben CDU und CSU die bereits 1989 eingeleitete Reformpolitik im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung fortgesetzt.

CDU und CSU werden den begonnenen Umbau des Sozialstaats konsequent weiterführen. CDU und CSU werden auch weiterhin Organisationen und Instrumente der sozialen Sicherung auf Leistungsfähigkeit, Qualität der Aufgabenerfüllung und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung hin überprüfen. Durch die ständige Überprüfung der Notwendigkeit einzelner Leistungen wollen wir Spielraum für die Fortentwicklung des Sozialstaates und die Bewältigung neuer Herausforderungen schaffen.

- CDU und CSU werden die Reform des Gesundheitswesens fortsetzen. Die Gesundheitsversorgung muß auch angesichts des medizinisch-technischen Fortschritts und der steigenden Zahl älterer Menschen finanzierbar bleiben. Die solidarisch abzusichernden Risiken müssen neu gewichtet werden; der Eigenvorsorge wollen wir einen höheren Stellenwert geben. Dies darf allerdings nicht dazu führen, daß der Solidarausgleich zu Lasten von Geringverdienern und Familien reduziert wird. Eine „Zwei-Klassen-Medizin“ lehnen CDU und CSU ab.
- Es ist unsere besondere Pflicht, für behinderte Menschen einzutreten. Sie und ihre Familien brauchen unsere Solidarität und Unterstützung. Integration statt Isolation ist das Ziel unserer Politik für Behinderte. CDU und CSU wollen das Angebot für Schul- und Berufsausbildung Behinderter weiter verbessern. Behinderte müssen soweit wie möglich die Chance haben, zusammen mit Nichtbehinderten zu arbeiten.

Für Menschen, die wegen der Schwere ihrer Behinderung nicht in einem herkömmlichen Betrieb ausgebildet werden können, wollen CDU und CSU das

Netz der Berufsbildungs- und Berufsförderungswerke noch enger knüpfen. Wir wollen das Rehabilitationsrecht vereinfachen und in den einzelnen Sozialversicherungszweigen vereinheitlichen.

- CDU und CSU wollen, daß Sozialhilfempfänger ermutigt werden, auch niedrig bezahlte Arbeit anzunehmen. Die Aufnahme einer niedrig bezahlten Tätigkeit muß sich auch dann lohnen, wenn der Anspruch des Beschäftigten auf Sozialhilfe das eigene Einkommen übersteigt.

Eigenverantwortliches Handeln hat nach unserem Menschen- und Gesellschaftsbild Vorrang. Die großen Lebensrisiken (Alter, Invalidität, Unfall, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit) müssen jedoch in Sozialversicherungen abgesichert werden. CDU und CSU halten an der beitragsbezogenen, dynamischen Rente fest. Eine Grundrente lehnen wir ab. Wir treten für eine Stärkung der ergänzenden Eigenvorsorge insbesondere für das Alter ein. Dies kann auch durch tarifvertragliche Vermögenspolitik geschehen.

Wohnungen bauen statt Mangel bewirtschaften

Die Lebensqualität der Menschen wird entscheidend durch ihre Wohnsituation bestimmt. CDU und CSU wollen, daß für alle ausreichend und - gemessen am jeweiligen Einkommen - bezahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen.

Wir haben die Rahmenbedingungen für die Errichtung neuer Wohnungen konsequent verbessert - zum Beispiel durch steuerliche Anreize und Finanzhilfen sowie durch eine investitionsgerechte und sozial verträgliche Anpassung des Mietrechts.

Wir werden den umfangreichen Liegenschaftsbesitz, der durch den Truppenabbau im Westen und den Rückzug der russischen Truppen im Osten freigeworden ist, dafür einsetzen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Ein umfangreiches Verbilligungsprogramm umfaßt vor allem den Wohnungsbau und vielfältige soziale Zwecke, wie Bildungseinrichtungen, Altenheime und Altenwohnungen, Behindertenwerkstätten sowie den Sportstättenbau.

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 1982 wurden in den alten Ländern 4,2 Millionen Wohnungen neu errichtet. Darunter befinden sich 1,2 Millionen Sozialwohnungen, für die Bund und Länder zusammen fast 120 Mrd. DM an Fördermitteln gewährten. 1994 werden 500.000 neue Wohnungen gebaut.

In den neuen Ländern konnte seit 1990 der Verfall knappen Wohnraums dank einer vielfältigen Förderung gestoppt werden. Sanierung, Modernisierung und Neubau

werden durch außergewöhnliche steuerliche Präferenzen, zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse und nicht zuletzt durch eine großzügige Altschuldenhilfe angekurbelt. Die Anpassungen im Mietpreisrecht haben wir durch ein Sonderwohngeld sozial abgedeckt. Wir treten in den neuen Ländern für einen sozial verträglichen Übergang in ein Vergleichsmietensystem ein.

- Um den Wohnungsbau weiter anzuregen, wollen CDU und CSU auch weiterhin attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau sicherstellen.
- Wir werden die Bildung von selbst zu nutzendem Wohneigentum mit Steuervergünstigungen und Finanzhilfen nach Kräften fördern. Das gilt besonders für Haushalte, die bisher noch kein Wohnungseigentum haben und für Familien mit Kindern. Dabei kommt dem Bausparen weiterhin eine hohe Bedeutung zu.
- Wir wollen den Anstieg der Boden- und Mietpreise weiter durch die konsequente Mobilisierung von vorhandenem und die vermehrte Ausweisung von neuem Bauland dämpfen. CDU und CSU fordern die Gemeinden auf, die dazu reichlich vorhandenen Möglichkeiten tatkräftig zu nutzen.

Die Länder sollten die Gemeinden mit gezielten Baulandprogrammen unterstützen. Wir wollen die Reserven des Bestandes durch die zügige Schließung von Baulücken, den Dachgeschoßausbau und weitere Maßnahmen ausschöpfen.

- CDU und CSU treten dafür ein, daß Bund, Länder und Kommunen die Förderung des Wohnungsbaus mit Finanzhilfen auf hohem Niveau fortsetzen und dabei auch den Ankauf von Belegungsbindungen fördern.
- In den neuen Ländern wollen wir die rechtlichen Investitionshemmnisse weiter zügig abbauen und zur breiteren Eigentumsbildung beitragen.
- Wir werden das Wohngeld zeitgerecht an die Entwicklung der Wohnkosten und der Einkommen anpassen.
- CDU und CSU wollen Eigeninitiative und Verantwortung der am Bau Beteiligten stärken. Notwendig sind die Begrenzung von Standards und Normen auf das unabdingbar Notwendige und die weitere Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren. Alle Möglichkeiten des ökologischen, kostengünstigen, flächensparenden und bodenschonenden Bauens müssen ausgeschöpft werden.
- CDU und CSU stehen zu einem ausgewogenen Mieterschutz. Wir wollen das komplizierte und unübersichtliche Mietrecht zusammenführen und vereinfachen.

chen. Das gilt auch für das Mietrecht für den Bestand an Sozialwohnungen und für das Wohngeldrecht.

- Wohnungsbau ist zugleich Städtebau. Wir wollen mit einer wirksamen Städtebauförderung die Baukultur in Deutschland bewahren und erneuern sowie moderne, vorbildliche Siedlungsstrukturen in unseren Städten und Gemeinden schaffen.

Kapitel V

Wir schützen die Sicherheit der Bürger und erhalten den inneren Frieden

Die Sicherheit der Bürger ist eine grundlegende Voraussetzung für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Nur eine Politik, die Leib und Leben, Eigentum und Vermögen wirksam schützt, ermöglicht die Entfaltung der persönlichen Freiheit und stärkt das notwendige Vertrauen in den Rechtsstaat. CDU und CSU treten deshalb für eine konsequente Politik zum Schutz der Bürger vor Kriminalität ein.

Die Auseinandersetzung in Familien und Schulen, Kirchen und Medien, Verbänden und Vereinen mit den Ursachen, Formen und Folgen von Kriminalität ist für eine wirksame Verbrechensvorbeugung ebenso wichtig wie die Arbeit von Polizei und Justiz. Dabei dürfen insbesondere auch die Folgen für die Opfer von Straftaten nicht außer acht gelassen werden.

Den politischen Radikalismus und Extremismus von rechts und links werden wir mit ganzer Entschiedenheit bekämpfen. Radikale Bestrebungen von den politischen Rändern dürfen in Deutschland keine Chance erhalten, Einfluß auf die Politik zu nehmen. Hier ist die Solidarität aller Demokraten gefordert.

Deutschland ist kein Einwanderungsland. Eine unbegrenzte und nicht steuerbare Zuwanderung nach Deutschland lehnen wir entschieden ab. Ein Einwanderungsgesetz wird es mit uns nicht geben. Im neuen Ausländerrecht und im Zusammenhang mit der Neuregelung des Asylrechts haben wir bereits wesentliche Erleichterungen für die Einbürgerung von Ausländern geschaffen, die Deutsche mit allen Rechten und Pflichten werden wollen. Mehrfach-Staatsangehörigkeiten müssen Ausnahme bleiben. Wir lehnen daher Forderungen ab, daß jeder in Deutschland geborene Ausländer automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten soll.

Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Ausländern ein. Wir werden nicht dulden, daß politische Auseinandersetzungen von ausländischen Organisationen in Deutschland gewalttätig geführt werden. Gerade auch im Interesse der bei uns lebenden Ausländer werden wir dafür sorgen, daß diejenigen, die ihr Gastrecht mißbrauchen, unser Land schnellstmöglich verlassen. Wir werden dafür eintreten, daß alle Fälle von Landfriedensbruch als zwingende Ausweisungsgründe im Ausländergesetz verankert werden.

CDU und CSU haben das Asylrecht für politisch Verfolgte bewahrt, indem sie seinen fortwährenden Mißbrauch durch eine Grundgesetzänderung erfolgreich bekämpft haben. Das neue Asylrecht hat sich bewährt: Die Zahl der Asylbewerber ist um über 70 Prozent zurückgegangen. Die SPD hatte sich der Lösung dieses Problems über Jahre hinweg beharrlich verweigert.

Wir treten - gerade auch im Interesse der wirklich politisch Verfolgten - dafür ein, daß das Asylrecht in allen Teilen konsequent angewandt wird und notwendige Ergänzungen zügig erfolgen. Die Länder müssen ihre Bemühungen intensivieren, abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückzuführen.

Verbrechen bekämpfen statt Kriminalität verharmlosen

CDU und CSU werden ein weiteres Verbrechensbekämpfungsgesetz vorlegen:

- Insbesondere wollen wir die Massenkriminalität und Organisierte Kriminalität stärker bekämpfen. Dazu werden wir den wirksamen Einsatz technischer Mittel zur akustischen und optischen Überwachung von Gangsterwohnungen durchsetzen. „Verdeckte Ermittler“ sollen besser eingesetzt werden können. Neugeschaffene Vorschriften, wie zum Beispiel die Kronzeugenregelung, wollen wir auf die Organisierte Kriminalität ausdehnen. Wer sich aus dem kriminellen Umfeld löst und zur Aufdeckung der Organisationsstrukturen beiträgt, soll mit Milderung oder Erlaß der Strafe rechnen können.
- Wir wollen
 - die Möglichkeit der Telefonüberwachung auch bei Straftaten der Geldwäsche;
 - die Einbeziehung der professionellen Schlepper und Schleuser in die Vorschriften zur Verfolgung der Organisierten Kriminalität und eine spürbare Anhebung des Strafrahmens;

- die Ausweitung des Anwendungsbereichs der Geldwäsche-Strafvorschrift und die Erleichterung des Zugriffs auf kriminellen Gewinn mit Vermögensstrafe und erweitertem Verfall;
- einen höheren Strafrahmen für Körperverletzung. Das Rechtsgut „körperliche Unversehrtheit“ muß in unserer Rechtsordnung endlich den ihm gebührenden Rang erhalten;
- einen höheren Strafrahmen für Wohnungseinbruch. Der Staat muß die persönliche Sphäre der Bürger besser als bisher schützen.
- Wir werden das Haftrecht verschärfen, die Strafverfahren weiter beschleunigen und den Zeugenschutz ausbauen. Die Strafe muß der Tat möglichst auf dem Fuß folgen. Den Straftatbestand des Landfriedensbruchs werden wir erweitern, um Gewalttätern ihre Deckung in einer Menschenmenge zu nehmen.
- CDU und CSU werden die Jugendkriminalität wirksamer bekämpfen. Den generalpräventiven Gedanken wollen wir neben dem vorrangigen Erziehungsgedanken im Jugendstrafrecht stärken. Der Schutzgedanke soll in die Aufgabenbeschreibung des Jugendstrafvollzuges aufgenommen werden. Wir werden die Strafaussetzungsmöglichkeiten bei Heranwachsenden beschränken und dabei die Neigung der Täter zu Gewalttaten stärker berücksichtigen.
- Neue Arten von Vergehen wie Kreditkartenfälschung oder teilweise Vernichtung amtlicher Ausweise müssen als Straftatbestände ins Gesetz aufgenommen werden.
- Der Verfassungsschutz soll in eine verbesserte Bekämpfung der Organisierten Kriminalität einbezogen werden.
- Alle technischen Möglichkeiten für Produkt- und Verfahrenssicherheit, zum Beispiel bei Autokennzeichen, amtlichen Dokumenten, bei Kreditkarten und Bargeld müssen genutzt werden. Wir wollen die elektronische Wegfahrsperrung in der gesamten Europäischen Union verbindlich einführen.

Extremismusbekämpfung

CDU und CSU werden entschlossen gegen den politischen Radikalismus von links und rechts kämpfen. Wir führen die politische Auseinandersetzung mit dem Ziel, radikale Parteien durch demokratische Wahlen bedeutungslos zu machen. Extre-

mistische Bestrebungen von „Republikanern“ und „PDS“ müssen durch den Verfassungsschutz sorgfältig beobachtet und ausgewertet werden. CDU und CSU werden den Kampf gegen politische Gewalt, Ausländerfeindlichkeit und Extremismus weiter verstärken:

- durch die erweiterte Strafbarkeit bei den Delikten „Volksverhetzung“, „Aufstachelung zum Rassenhaß“ und bei „Verwendung und Verbreitung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen“;
- durch die Befugnis des Verfassungsschutzes zur Post- und Fernmeldekontrolle auch bei Volksverhetzung, Gewaltdarstellung und Aufstachelung zum Rassenhaß;
- durch weitere Verbote extremistischer Parteien und Gruppierungen - soweit erforderlich. Die nach Parteiverboten häufig entstehenden Tarn- und Ersatzorganisationen müssen ebenfalls intensiv bekämpft werden.

Polizei

Wir brauchen eine leistungsfähige und hochmotivierte Polizei, die der wachsenden Kriminalität erfolgreich begegnen kann. Die Präsenz der Polizei trägt entscheidend dazu bei, das Sicherheitsgefühl der Bürger zu verstärken.

CDU und CSU werden die Arbeit der Polizei von Bund und Ländern weiter unterstützen:

- Dazu wollen wir die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben entlasten, damit sie sich auf ihre eigentlichen hoheitlichen Aufgaben konzentrieren kann. Die Präventionsarbeit der Polizei wollen wir durch bürgerschaftliches Engagement zum Beispiel in „kommunalen Sicherheitsforen“ und durch Modelle wie die Bayerische Sicherheitswacht, der freiwillige Polizeidienst in Baden-Württemberg oder „freiwillige Polizeireserven“ unterstützen und für eine bessere Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Behörden insbesondere auf kommunaler Ebene sorgen. CDU und CSU treten für eine verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten unter Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols ein. Bürgerwehren außerhalb der Polizei lehnen wir ab. Die Einstellung von Ausländern in den Polizeidienst wird dessen Effizienz steigern.
- CDU und CSU wollen die Attraktivität des Polizeiberufes steigern, indem die Laufbahn- und Besoldungsbedingungen schrittweise weiter verbessert werden.

Darüber hinaus müssen - nach Maßgabe der öffentlichen Finanzen - zusätzliche Planstellen bei der Polizei geschaffen werden.

- CDU und CSU wollen die Grenzsicherheit durch den weiteren Ausbau des Bundesgrenzschutzes in personeller und logistischer Hinsicht wie durch den weiteren Einsatz bayerischer Polizeikräfte verstärken. Wir werden das Bundesgrenzschutzgesetz durchsetzen.
- CDU und CSU wollen die Zusammenarbeit von Polizei, Kommunalbehörden, Arbeitsämtern, Gewerbeaufsichtsämtern und Krankenkassen zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung durch verstärkte Kontrollen in verdächtigen Betrieben verbessern. Harte Strafen für illegal beschäftigende Arbeitgeber sind erforderlich.
- Das Gesetz über das Bundeskriminalamt wird im Interesse einer straffen und effizienten Polizeiarbeit von Bund und Ländern novelliert.
- Zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität wollen CDU und CSU die Zusammenarbeit mit den Polizeien der Nachbarstaaten so schnell wie möglich verstärken, insbesondere im Bereich der Europäischen Union. Die Bundesregierung hat in Maastricht erreicht, daß ein europäisches Kriminalamt EUROPOL aufgebaut wird. Mit den östlichen Nachbarstaaten wollen wir bilaterale Abkommen abschließen, die unter anderem die Einschleusung von Ausländern unter Strafe stellen.
- Die Bekämpfung der Nuklearkriminalität verlangt vor allem internationale Maßnahmen, um die Entstehung von Abnehmerstrukturen ebenso zu verhindern wie die Verwahrungssicherheit in den ost- und südosteuropäischen Ländern zu verbessern. Die Kontrolldichte in Deutschland wird erhöht. Wir werden den Strafraumen für die Nuklearkriminalität verschärfen. Atomschmuggler müssen mit hohen Freiheitsstrafen rechnen.

Drogen

Drogen sind eine existentielle Bedrohung für Leben und Gesundheit. Wir wollen insbesondere auch unsere Kinder und Jugendlichen vor den Gefahren des Drogenmißbrauchs bewahren. Der internationalen Drogenmafia sagen wir entschlossen den Kampf an:

- CDU und CSU lehnen die Freigabe von Drogen entschieden ab. Eine Legalisierung verharmlost den Drogenkonsum und setzt die Hemmschwelle zum Einstieg

in den Rauschgiftgebrauch insbesondere bei Kindern und Jugendlichen erheblich herab. Eine steigende Zahl von Drogenabhängigen wäre die Folge.

- CDU und CSU treten weiterhin für die entschlossene Bekämpfung der nationalen und internationalen Rauschgiftkriminalität ein. CDU und CSU wollen lebenslange Freiheitsstrafen für Bandenmitglieder der Organisierten Drogenkriminalität einführen. Wir wollen soweit wie möglich verhindern, daß illegale Drogen in Deutschland angeboten werden.
- Wir wollen umfassende Vorbeugungsmaßnahmen zur Einschränkung der Nachfrage und
- ausreichende Hilfe für Drogenabhängige durch ein differenziertes Entzugs-, Therapie- und Nachsorgeangebot. Die Abgabe von Drogensatzstoffen wie Methadon darf nur auf Grund ärztlicher Entscheidung erfolgen.

Illegale Zuwanderung

Um die Probleme der Ausländerkriminalität und der illegalen Zuwanderung lösen zu können, wollen wir das Asylverfahrens-, Sozialhilfe- und Ausländerrecht weiter verbessern:

- CDU und CSU treten beim Kampf gegen Schlepperbanden und Asylmißbrauch für die flächendeckende Durchsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes in allen Kommunen ein. Danach wird der Unterhalt für Asylbewerber nicht mehr durch Bargeld, sondern durch Naturalleistungen gedeckt.
- Wir wollen das Asylbewerberleistungsgesetz auf die gleichartigen Fälle von Bürgerkriegsflüchtlingen ausdehnen.
- CDU und CSU werden das Sozialhilferecht gegen Mißbrauch durch einreisende Ausländer noch besser sichern. Dazu wollen wir zum Beispiel das Ausländerzentralregister in weiterem Umfang als bisher nutzen, um die Verwendung von Alias-Namen und mehrfachem Leistungsbezug aufzudecken.
- Wir wollen im Ausländerrecht die Ausweisungsgründe für schwerkriminelle Ausländer erweitern und diese noch konsequenter abschieben. Damit wollen wir insbesondere den gewalttätigen politischen Extremismus und die Rauschgiftkriminalität bekämpfen.

- Wir werden weitere Rückübernahme-Abkommen mit Albanien, Bulgarien, Österreich und der Tschechischen Republik abschließen. Die Listen der sicheren Herkunftsstaaten und der sicheren Drittstaaten nach dem Asylverfahrensgesetz müssen ständig überprüft und aktualisiert werden.

Zivilschutz

Im Blick auf die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa wollen CDU und CSU den Zivilschutz neu ordnen. Basis des Zivilschutzes bleibt das Katastrophenschutzpotential in den Ländern. Das Technische Hilfswerk (THW) bleibt ein wichtiger Bestandteil in der Gefahrenabwehr. Wir treten dafür ein, seine Organisation zu straffen und den neuen Aufgaben anzupassen. Der Aufbau in den neuen Ländern soll zügig fortgesetzt werden.

Kapitel VI

Wir sichern in einem vereinten Europa Frieden und Freiheit

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat unseren Frieden und unsere Freiheit sicherer gemacht. Zugleich sehen wir uns aber einer Vielzahl neuer weltpolitischer Risiken und Gefährdungen gegenüber: Dazu gehören kriegerische Auseinandersetzungen - auch mitten in Europa - die dadurch ausgelösten Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen, grenzüberschreitende Gefährdungen der inneren Sicherheit und weltweite Belastungen der Umwelt. Kein Staat kann diese Herausforderungen allein bewältigen. In Europa werden wir Frieden und Freiheit, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit, innenpolitische Stabilität und eine intakte Umwelt nur durch gemeinsames und solidarisches Handeln auf Dauer bewahren können.

CDU und CSU sind daher entschlossen, den Prozeß der europäischen Einigung kraftvoll und zielstrebig voranzubringen. Die Europäische Union ist der Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung.

Deutschland kann nur im Bündnis mit seinen Freunden und Partnern seine Sicherheit gewährleisten. CDU und CSU wollen die Atlantische Allianz weiter stärken. Sie bleibt unverzichtbarer Garant für Sicherheit und Stabilität in ganz Europa. Jedem Sonderweg, der uns aus der westlichen Staatengemeinschaft

herausführen würde, erteilen wir eine klare Absage. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung als Mitglied der Vereinten Nationen und in der Einen Welt.

Europa vereinen statt Sonderwege gehen

Wichtigstes Ziel der Europapolitik von CDU und CSU ist es, die Europäische Union auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages zu festigen und weiterzuentwickeln:

- Wir wollen den Aufbau der Europäischen Union im Inneren wie nach außen vorantreiben. Die politische und wirtschaftliche Integration muß ergänzt werden durch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, damit Europa auch in diesen Bereichen handlungsfähig wird. Die deutsch-französische Freundschaft bleibt dabei Motor der Integration und Schlüsselfaktor europäischer Sicherheit.
- CDU und CSU haben Föderalismus und Subsidiarität als Struktur- und Ordnungsprinzipien Europas durchgesetzt. Die Europäische Union darf nur Aufgaben übernehmen, die nicht auf der Ebene der Regionen und Mitgliederstaaten gelöst werden können. Wo nötig, müssen auch Kompetenzen zurückverlagert werden.

Wir werden dafür sorgen, daß Europa nicht von Bürokratie und Zentralismus bestimmt wird. Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal und subsidiär als ein „Europa der Bürger“ gestaltet werden. Diese Grundsätze wollen wir im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 umsetzen. Insbesondere fordern wir eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen europäischer Ebene, Bund und Ländern.

- Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit muß die Europäische Union institutionell weiterentwickelt werden. Dabei wollen wir die Rechte des Europäischen Parlaments stärken.
- Wir wollen die Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik verstärken. CDU und CSU setzen sich für den raschen Ausbau von EUROPOL zu einem Europäischen Polizeiamt mit den notwendigen Handlungsmöglichkeiten ein. Wir fordern einheitliche Sicherheitsstandards an den Außengrenzen der Europäischen Union und Rauschgiftkontrollen sowie Rechtshilfe und Auslieferungsverfahren nach gemeinsamen Regeln. CDU und CSU treten dafür ein, in der Europäischen Union einheitliche Maßstäbe durchzusetzen, nach denen straffällig gewordene Ausländer rasch in ihre Heimatländer abgeschoben werden können.

- Wir wollen eine gemeinsame Asylpolitik und eine gerechtere Verteilung der entstehenden Lasten zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Die Anerkennung von Asylanträgen sollte nach einheitlichen Maßstäben erfolgen. Flüchtlinge müssen gleichmäßiger als bisher auf die Mitgliedstaaten verteilt werden.
- Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen durch gemeinsame europäische Anstrengungen zum Ausbau der Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch den Abbau wettbewerbsverzerrender Regelungen in der Europäischen Union verbessern. Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt eine zukunftsfähige Entwicklung ermöglicht werden.
- CDU und CSU wollen durch eine gemeinsame, stabile europäische Währung wirtschaftliches Wachstum fördern und insbesondere auch die Wettbewerbsposition der deutschen exportorientierten Wirtschaft verbessern. CDU und CSU treten dafür ein, daß sich die Währungspolitik im geeinten Europa an dem bewährten Modell der Deutschen Bundesbank orientiert. Am Ziel der Währungsunion halten wir fest; sie wird dann in Kraft treten, wenn die Stabilitätsbedingungen des Maastrichter Vertrages ohne Abstriche erfüllt sind.
- Wir wollen der sozialen Dimension Europas neue Impulse geben. Auch in der Sozialpolitik gilt: Europa lebt von seiner Vielfalt. Das heißt, in Deutschland erreichte Standards werden nicht vermeintlichen Harmonisierungszwängen geopfert. Mit CDU und CSU wird es ein soziales Dumping in Europa nicht geben. Vielmehr geht es darum, Schritt für Schritt soziale Mindestbedingungen in den Ländern der Gemeinschaft zu verwirklichen.
- Die deutschen Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler haben einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau von Staat und Gesellschaft geleistet. CDU und CSU treten für das Recht auf die Heimat als unabdingbares Menschenrecht ein und verurteilen jede Form von Vertreibung. Zu einer freiheitlichen, friedlichen und gerechten Ordnung in Europa gehören Volksgruppenrechte und Minderheitenschutz. Bei der Aussöhnung mit unseren östlichen Nachbarn kommt den Heimatvertriebenen, den in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden Deutschen sowie der jungen Generation eine besondere Aufgabe zu.

Wir halten am Recht der Spätaussiedler fest, nach Deutschland zu kommen.

Verantwortung wahrnehmen statt Deutschland isolieren

Sicherheit im Bündnis erhalten

Unsere Sicherheit basiert auf unserer Verlässlichkeit als Bündnispartner. CDU und CSU treten dafür ein, daß Deutschland grundsätzlich die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft wahrnimmt.

Die Freundschaft mit den USA ist ein entscheidender Faktor für die Lebens- und Handlungsfähigkeit der Nordatlantischen Allianz. Nordamerika ist und bleibt ein unverzichtbarer Garant der europäischen Sicherheit. Deshalb gilt es, das transatlantische Verhältnis zu vertiefen. Die deutsch-amerikanische Partnerschaft wollen wir ausbauen, auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur.

Durch die Veränderungen in Europa haben sich die politischen und strategischen Aufgaben der NATO erweitert. Deshalb werden wir die Reform der Nordatlantischen Allianz tatkräftig vorantreiben. Dazu gehört, die Verteidigungsfähigkeit zu erhalten und gleichzeitig für Stabilitätstransfer und Krisenbewältigung vorbereitet zu sein.

Die europäische Einigung hat uns eine der längsten Friedensperioden in unserer Geschichte gesichert. Sie ist Grundlage dafür, daß die Nationen und Völker in Europa ihre Zukunft gemeinsam gestalten und nicht in kriegerischen Nationalismus zurückfallen.

Wir wollen die WEU als Verteidigungsarm der Europäischen Union ausbauen und damit den europäischen Pfeiler der NATO stärken. Neben der politischen wollen wir auch die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich vertiefen, wobei insbesondere dem Eurokorps Modellcharakter zukommt.

Gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern treten wir für eine Reform der Vereinten Nationen ein, die ihre Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit stärkt. Dazu gehört eine Reform des Sicherheitsrats, die die tiefgreifende Veränderung der globalen politischen Konstellation widerspiegelt und durch die auch Deutschland einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat erhält.

Wir setzen uns dafür ein, daß die jungen Demokratien in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu einer vergleichbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Stabilität finden wie das westliche Europa.

CDU und CSU unterstützen mit Nachdruck unsere Nachbarn im Osten und Südosten - besonders Polen, die Tschechische und die Slowakische Republik und Ungarn - auf ihrem Weg in die NATO. Die assoziierte Partnerschaft der Westeuropäischen Union mit ost-, mittel- und südosteuropäischen Staaten ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Europäische Union. Mit dem Programm Partnerschaft für den Frieden hat die NATO ein flexibles Instrumentarium geschaffen, um die Zusammenarbeit mit den neuen Partnern im Osten zu vertiefen und die Integration einzelner Staaten vorzubereiten. Deutschland wird seinen Einfluß nutzen, um eine zukunftsfruchtige Partnerschaft mit Rußland zu entwickeln - sowohl zwischen Rußland und der NATO als auch zwischen der Europäischen Union und Rußland.

Die neue internationale Verantwortung stellt auch die Bundeswehr vor neue Aufgaben. Frieden und Sicherheit sind unteilbar. Kriegerische Auseinandersetzungen und Konflikte, Krisen und Spannungen überall auf der Welt sind eine Bedrohung - direkt oder indirekt - für uns Europäer, auch für uns Deutsche. Sie sind Auslöser für weltweit wachsende Flüchtlingsbewegungen, die auch die politische Stabilität bei uns im Westen gefährden. Wenn wir Deutsche uns daher zukünftig verstärkt an internationalen Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO oder der WEU beteiligen wollen, so tun wir dies in dem Bewußtsein, damit nicht nur anderen zu helfen, sondern einen Beitrag zu leisten, um Frieden und Sicherheit für unser eigenes Land zu bewahren.

Vor diesem Hintergrund gewinnt der Auftrag zur Landesverteidigung eine neue Dimension. Er verbindet sich mit dem Auftrag, Deutschland bündnisfähig zu halten, europäische Stabilität und Integration zu fördern, der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zu dienen und bei Katastrophen und humanitären Aktionen zu helfen. Ein Einsatz der Bundeswehr außerhalb der Landesverteidigung kommt für uns nur gemeinsam mit unseren westlichen Partnern in Frage.

All dies verlangt deutsche Streitkräfte, die fähig bleiben zur Verteidigung, die aber auch uneingeschränkt am internationalen Krisenmanagement mitwirken können. Die Bundeswehr erhält eine entsprechende Struktur. Dazu gehören Krisenreaktionskräfte im Umfang von 50.000 Mann. Die Friedensstärke der Bundeswehr wird auf 340.000 Mann festgelegt.

Die allgemeine Wehrpflicht ist Ausdruck der festen Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft. CDU und CSU halten daher an der allgemeinen Wehrpflicht fest. Die Aufträge der Hauptverteidigungskräfte und der Krisenreaktionskräfte erlauben eine flexible Ausgestaltung der Wehrpflicht. Die Pflicht zur Mindestdienstzeit wird auf 10 Monate festgelegt. Die freiwillige auftragsorientierte

Wahrnehmung der Dienstzeit liegt bei 12 Monaten. Für Soldaten, die 10 Monate dienen, schließt sich eine besondere Verfügungsbereitschaft an, die gesetzlich geregelt werden wird, in der sie weitere 2 Monate zum Dienst herangezogen werden können. Den Zivildienst werden wir von 15 auf 13 Monate verkürzen.

Mit diesen Maßnahmen, mit der Rationalisierung des Betriebes und der Verstärkung des Verteidigungshaushaltes erhält die Bundeswehr Planungssicherheit und die notwendigen Mittel, um die Bundeswehr künftig modern auszustatten und gut ausbilden zu können. Mit der Reform unserer Bundeswehr gewinnen wir volle Handlungsfähigkeit und stärken Deutschlands Glaubwürdigkeit als verantwortlicher Partner in der internationalen Gemeinschaft.

Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft

Die Erhaltung der Schöpfung, die Begrenzung des weltweiten Bevölkerungswachstums, die Eindämmung von Flüchtlingsströmen und die Verringerung von Massenarmut in vielen Ländern der Welt lassen sich nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit erreichen. Wir setzen uns deshalb für eine enge Kooperation mit den Entwicklungsländern ein.

Christliche Überzeugung gebietet es, den Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklung zu stellen - und zwar nicht als den Empfänger von Almosen, sondern als Gestalter seiner eigenen Zukunft. Entwicklungspolitik setzt Eigenanstrengungen voraus. Sie ist Hilfe zur Selbsthilfe.

Entwicklungszusammenarbeit muß zukünftig noch stärker als bisher Krisen und Katastrophen vorbeugen sowie der Bekämpfung von Fluchtursachen dienen. Gezielte politische und wirtschaftliche Reformen mit Blick auf Menschenrechte, Demokratie und eine sozial und ökologisch verantwortete Marktwirtschaft sind von zentraler Bedeutung.

CDU und CSU wollen der Entwicklungszusammenarbeit damit eine stärkere politische Dimension verleihen. Die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft trägt in den Entwicklungsländern zur Konfliktverhütung bei und wirkt den Ursachen von Flucht und Migration entgegen.

Der Zugang zu den Märkten der Industrieländer und die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind wichtige Voraussetzungen für notwendige Fortschritte in den Entwicklungsländern. Wir setzen uns für den Abbau von Protektionismus und die Stärkung des Freihandels ein, um eine Entwicklung aus eigener Kraft zu ermöglichen.

CDU und CSU betrachten es als Hauptaufgabe der Entwicklungspolitik, die Armut in den ärmsten Ländern der Welt zu bekämpfen. Wir wollen durch Umweltschutz und Förderung von Bildung und Ausbildung in Brennpunkten der Unterentwicklung Strukturveränderungen bewirken. Entwicklungszusammenarbeit muß zu einer globalen Entwicklungs- und Umweltpartnerschaft ausgebaut werden. CDU und CSU setzen sich daher für eine konsequente Umsetzung und Fortentwicklung der Beschlüsse der Konferenz von Rio ein.

Wahlaufruf

- Die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands,
- die Stärkung des Aufschwungs und die Schaffung neuer, zukunftssicherer Arbeitsplätze,
- die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- die Erhaltung des sozialen Netzes und die Stärkung der Familien,
- die Gewährleistung der inneren Sicherheit sowie
- die Sicherung von Frieden in Freiheit und die Ausgestaltung der Einheit Europas in föderaler Vielfalt.

Dies sind die wichtigsten Aufgaben, vor denen Deutschland in den nächsten Jahren steht.

CDU und CSU haben sich in einer Zeit des weltweiten Umbruchs ihrer Verantwortung gestellt und Handlungsfähigkeit bewiesen. Gemeinsam haben wir das große Ziel der deutschen Einheit erreicht; gemeinsam bewältigen wir auch in nationaler und menschlicher Solidarität die katastrophalen Erblasten des kommunistischen Regimes in der ehemaligen DDR. Wir haben den Sozialstaat in Deutschland gefestigt und seine Leistungen in den neuen Ländern eingeführt.

Wir haben den Bundeshaushalt konsolidiert und die Mark stabil gehalten.

Wir haben Deutschland zu einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung geführt und dafür gesorgt, daß neue Arbeitsplätze entstehen.

Wir haben grundlegende und richtungsweisende Reformen bei der Gesundheitsvorsorge sowie bei Post und Bahn durchgesetzt.

Wir haben die Renten gesichert und die soziale Pflegeversicherung durchgesetzt.

Wir haben eine wirkungsvolle Verbrechensbekämpfung vorangebracht.

Deutschland wird wegen seiner zuverlässigen und berechenbaren Politik in der Welt geachtet und geschätzt. Wir treiben die europäische Einigung in föderaler Vielfalt voran.

Wir haben den Frieden gesichert, zugleich abgerüstet und unsere Verteidigungsbereitschaft erhalten. Unser Einfluß in der Welt ist größer geworden. Dies bedeutet aber auch, daß wir größere Verantwortung wahrnehmen müssen.

CDU und CSU sind entschlossen, diese erfolgreiche Arbeit fortzusetzen. Dazu brauchen wir das Vertrauen der Menschen in Deutschland. Für dieses Vertrauen werden wir mit ganzer Kraft arbeiten.

Zur zukunftsorientierten Politik der Union gibt es keine verantwortliche Alternative. Die SPD hat bei allen wichtigen Entscheidungen deutscher Politik seit dem Zweiten Weltkrieg versagt. Heute verweigert sie sich neuen Technologien, vertritt eine leistungs- und investitionsfeindliche Steuerpolitik, schürt Zukunftsangst und Sozialneid. Die SPD hat kein schlüssiges Konzept für die Zukunft, ihr fehlt es an Kompetenz und Alternativen. Die Sozialdemokraten sind zerstritten und damit unberechenbar und handlungsunfähig. Sie können Deutschland nicht in eine gute Zukunft und ins nächste Jahrtausend führen.

SPD und Grüne gefährden mit ihrer Politik der Sonderwege unsere auf Frieden und Freiheit, auf Zuverlässigkeit und Stabilität ausgerichtete Außenpolitik. Mit ihrer technikfeindlichen Verweigerungshaltung bedrohen sie unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft, vor allem Hunderttausende von Arbeitsplätzen. Mit einer hemmungslosen Ausgabenpolitik setzen sie den Aufschwung und die Stabilität unserer Währung aufs Spiel. Mit immer neuen Belastungen der Bürger lähmen sie die Leistungsbereitschaft der Menschen. Rot/Grün steht für Stillstand und Niedergang, für Ungewißheit und instabile Verhältnisse.

Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland bereiten vielen Menschen Sorgen. Deutschland braucht in dieser Phase des Umbruchs mehr denn je Sicherheit und Verlässlichkeit. CDU und CSU sind auf dem richtigen Weg, unser Land in eine sichere Zukunft zu führen. Rot/grün würde alles in Frage stellen, was bisher erreicht wurde. Und es würde neue Gefahren heraufbeschwören. SPD und Grüne sind ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, am 16. Oktober von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Das Wahlrecht ist vornehmste Bürgerpflicht. Wir appellieren an die Menschen in Deutschland, die Entscheidung über die Zukunft nicht anderen zu überlassen - und erst recht nicht radikalen Kräften.

Verantwortung und Mitwirkung sind gefragt, nicht Verweigerung oder Verdrossenheit. Die Wahl von extremen oder radikalen Parteien, von Protest- oder Splitterparteien gefährdet den wirtschaftlichen Aufschwung und schadet dem Ansehen Deutschlands in der Welt. Wer solche politischen Kräfte wählt, verschenkt seine Stimme und leistet unstabilen Verhältnissen Vorschub. Das kann sich unser Land nicht leisten.

Seit Sachsen-Anhalt wissen wir: Die SPD scheut nicht davor zurück, um der Macht willen auch den Kommunisten der PDS Einfluß auf die deutsche Politik einzuräumen. Das darf nicht sein! Die SED, auch wenn sie sich zur Wählertäuschung unter dem Tarnnamen PDS verbirgt, hat im Kreis demokratischer Parteien nichts zu suchen. CDU und CSU bekämpfen Rechtsextremismus und Linksextremismus gleichermaßen. Indem die SPD sich dieser Solidarität der Demokraten verweigert, läßt sie historische Schuld auf sich.

Unser Vaterland steht vor einer Richtungsentscheidung von historischer Tragweite. Bei der Wahl am 16. Oktober 1994 geht es um die Zukunft Deutschlands. Es geht darum, ob wir auf einem Weg der politischen Mitte bleiben oder ob Deutschland weit nach links abdriftet.

CDU und CSU sind bereit, unter Führung von Helmut Kohl und Theo Waigel die Verantwortung für unser Land auch in Zukunft in einer Koalition der Mitte zu tragen. Aus unseren Überzeugungen und Programmen, aus unserer Erfahrung, aus unseren Leistungen in Vergangenheit und Gegenwart leitet sich unser Anspruch ab, die Zukunft zu gestalten. Als große Volksparteien der Mitte sind wir die verantwortungsbewußte politische Kraft, die sich durch Zuverlässigkeit, Augenmaß und Durchsetzungsfähigkeit auszeichnet.

Die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen: Wir werden mit ganzer Kraft für Deutschlands Zukunft arbeiten - aus Liebe zu unserem Vaterland und aus Verantwortung für die Menschen.

Herausgeber CDU-Bundesgeschäftsstelle · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 53113 Bonn
Druck Bachem 55/084 5989

Dieses Produkt wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt

